Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., die 2 gespaltene Reklamezeile 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 42 | Danzig, Sonnabend den 19. Oktober 1918 | 9. Jahrgang

Die neue Note Wilsons

Die neue Note Wilsons zur Erwiderung auf die deutsche Note vom 12. Oktober ist als eine Fortsetzung der Verhandlungen zu betrachten über die Bedingungen, unter denen die Verbündeten in einen Waffenstillstand mit Deutschland einwilligen wollen.

Die neue Note kündigt zunächst an, daß die Gegner absolute und befriedigende Garantien für die Aufrechterhaltung ihrer militärischen Ueberlegenheit während des Waffenstillstands verlangen werden. Ueber diese Garantien zu unterhandeln, würde die Aufgabe der gemischten militärischen Kommission sein, deren Einsetzung Deutschland beantragt hat. Die Verhandlungen müßten dabei auf beiden Seiten nicht von Fiktionen, sondern von Tatsachen ausgehen, und es ist leider eine Tatsache, daß unsere Gegner über eine beträchtliche militärische Ueberlegenheit verfügen.

Wilson sagt weiter, die Verbündeten würden keinen Waffenstillstand in Erwägung ziehen, solange die deutschen U-Boote grausame Versenkungen vornähmen, und die deutschen Truppen auf ihrem Rückzug alles rücksichtslos vernichteten. Das Ziel dieser Forderung ist nicht ganz klar. Denn mit dem Eintritt der Waffenruhe würden die Versenkungen ganz von selbst aufhören und die deutschen Truppen würden das besetzte Gebiet in aller Ordnung räumen. Die Beschwerden des Präsidenten Wilson erledigen sich also durch den Eintritt des Waffenstillstandes von selbst. Möglicherweise aber beabsichtigt der Präsident Deutschland zur Einstellung des unbeschränkten U-Bootkriegs und zu neuen Instruktionen an die sich zurückziehenden Truppen zu veranlassen, oder er wünscht eine Erklärung darüber, daß auch im Falle des Scheiterns der Verhandlungen und der Wiederaufnahme des Krieges Deutschland andere Regeln des Krieges befolgen würde. Der Sinn seiner neuerlichen Beschwerde ist also nicht ganz klar. Ihre beste Erledigung wäre jedenfalls in dem sofortigen Eintritt des Waffenstillstands zu erblicken, worauf man ja über die Regeln der Kriegführung nach einmaliger Aufnahme der Feindseligkeiten sprechen könnte. Wenn aber auf beiden Seiten der feste Wille besteht, durch diese Verhandlungen zum dauernden Frieden zu gelangen, dürfte die Erörterung künftiger Kriegsregeln gegenstandslos werden.

Schließlich macht der Präsident Wilson noch einmal auf einen bestimmten Punkt seines Friedensprogramms aufmerksam, den er für ausschlaggebend erachtet. In seiner Rede vom 11. Juli forderte er „die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht".

Da die neue deutsche Regierung das Friedensprogramm Wilsons als ganzes angenommen hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich diese Annahme auch auf den von Wilson jetzt besonders hervorgehobenen Punkt bezieht. Er deckt sich vollständig mit den Forderungen, die von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon lange vor dem Krieg und während des Krieges erhoben worden sind, und deren Ausführung sich jetzt im Zuge befindet. Dem Deutschen Reich wäre viel Bitteres erspart geblieben, wenn es die Forderungen seiner eigenen sozialdemokratischen Volksgenossen rechtzeitig erfüllt hätte, statt darauf zu warten, daß sie von seinen Gegnern im Kriege gestellt würden. Immerhin hat sich der Uebergang vom persönlichen Regiment zum System der Volksregierung noch ohne unmittelbaren feindlichen Druck vollziehen können. Noch ehe die neue Note Wilsons veröffentlicht worden war, hatte die engere Regierung beschlossen, dem Reichstag eine Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung in dem Sinne vorzuschlagen, daß eine Entscheidung über Krieg und Frieden nicht ohne die Zustimmung des deutschen Reichstages erfolgen darf.

Man kann einwerfen, daß eine solche Zustimmung des Reichstags in sich nur eine dekorative Bedeutung hat. Wenn sie durch die auswärtige Politik der Regierung soweit gefördert sind, daß faktisch gar nichts anderes übrig bleibt als Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen, dann steht der Reichstag unter dem Zwang, aus den vorausgegangenen Regierungshandlungen die unausweislich gewordenen Folgerungen zu ziehen. Entscheidend ist also nicht die formale Zustimmung des Parlaments, sondern die Frage, wer die Geschäfte des Reiches führt, bevor eine solche Zustimmung notwendig wird. Entscheidend ist also die Frage, wer die tatsächlich dauernde Regierungsgewalt in Händen hat. Diese darf sich aber nur in den Händen des Volkes befinden und von dessen erwählter Vertretung ausgeübt werden. Das ist jetzt der wirklich bestehende Zustand in der ganzen Welt. Es gibt Monarchien und Republiken, die Unterscheidung ist aber ganz unwesentlich geworden, da sich die Monarchie, wo sie noch besteht, längst auf ihr Altenteil zurückgezogen hat. Daß sich Deutschland diesen Weltzustand angleiche, ist, wie gesagt, eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie, die jetzt zweifellos ihre Erfüllung finden wird. Die Anhänger des alten Systems sind vollkommen außerstande, diese Entwicklung aufzuhalten, sie könnten höchstens durch Trotz und Eigensinn neues Unheil über das deutsche Volk heraufbeschwören, was letzten Endes ganz gewiß auch für sie persönlich zum allerschwersten Schaden ausschlagen würde.

Darum ist es notwendig, daß in diesem Punkte klare Bahn geschaffen wird. Die Beschränkung der Monarchie auf rein repräsentative Aufgaben, die Bildung der obersten Gewalt aus der gewählten Volksvertretung und die unbedingte Unterordnung aller Organe unter die demokratisch geordnete Staatsautorität sind die unerläßlichsten Forderungen des Tages. Dies zu erkennen, haben wir deutsche Sozialdemokraten nicht erst den Präsidenten Wilson und die furchtbaren Lehren dieses Krieges gebraucht. Schlimm für die andern, schlimm für das ganze Volk, daß die sozialdemokratische Erkenntnis nicht schon längst durchgedrungen ist. Nun dulden die Dinge keinen längeren Aufschub.

Europas Revolution

Die militärischen Ereignisse im Westen beginnen sich auszuwirken. Ihre erste Wirkung war die Burlamote, die unbeantwortet blieb. Die zweite war die weltgeschichtliche Friedensnote vom 5. Oktober, mit der die Mittelmächte die Bedingungen Wilsons annehmen. Damit ist die Entente von den Mittelmächten, wenn auch nicht als der vollständig siegreiche, aber doch als der weit stärkere, seine Macht stets erweiternde Teil anerkannt. Damit hat eine

Umwandlung der ganzen Welt

östlich der Westfront eingesetzt.

Deutschland hat einen entscheidenden Schritt in der Richtung zur Demokratie getan und weiß, daß es fortan nur noch als ein demokratisches Staatswesen leben kann. In Oesterreich vollzieht sich, bisher unblutig, gleichfalls eine Revolution. Die große Auseinandersetzung der Nationalitäten hat begonnen. Keine will mehr den Staat, so wie er ist, anerkennen.

Oesterreich-Ungarn ist gewesen.

Natürlich wird sich an seiner Stelle etwas anderes erheben, aber wenn es auch den alten Namen behielte und wenn auch — es nicht sicher — die alte Kaiserkrone als Ornament darüber schwebte, so wird es doch etwas ganz anderes sein. Es ist, wie wenn im Herbste die Samen in gemeinsamer Kapsel reifen: sie wachsen, pressen einander, schließlich wird die Hülle gesprengt. Die Völker Oesterreichs konstituieren sich auf der Basis der nationalen Autonomie neu und wollen über ihr künftiges Nebeneinanderleben mit einander verhandeln. Ungarn will sich dieser Zersetzung entziehen, von der madjarischen Herrschaft retten, was noch zu retten ist, und will sich zu diesem Zwecke von Oesterreich trennen. Nur die Personalunion soll bleiben, das heißt, das Oberhaupt der Familie Habsburg soll neben dem Titel Kaiser von Oesterreich auch noch den eines Königs von Ungarn führen dürfen. Der Kaiser von Oesterreich nennt sich außerdem auch noch König von — Jerusalem! Es ist unwahrscheinlich, daß er — wenn er sich überhaupt noch behaupten kann — in einem viel anderen Sinne Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn sein wird. Der Name Monarchie, das heißt Herrschaft des einen, wird nur noch ein historischer Begriff sein.

Auf dem

Balkan und in Kleinasien

sind die militärischen Ereignisse denen an der Westfront schon vorausgeeilt. Südlich der Donau bis zum Persischen Golf ist für die Mittelmächte nichts mehr zu halten. Das Bulgarien des Zaren Boris ist in der Hand der Entente. Sofia ist von den Franzosen besetzt. Die Türkei hat mit einem jähen Regierungswechsel die politischen Folgerungen aus diesem Ereignis gezogen. Der Gouverneur von Smyrna hat schon Parlamentäre an die Ententeführer geschickt und Friedensverhandlungen neben Kapitulation angeboten. Ueber die Ausgestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien wird auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden, wobei die Tatsache der militärischen Vorherrschaft der Entente in jenen Ländern zur Geltung kommen wird. Der

Traum von Hamburg bis Bagdad

oder gar von Antwerpen bis Indien ist ausgeträumt.

In Polen ist eine vollständige Umwandlung vor sich gegangen. Man rechnet in Warschau nicht mehr mit austropolnischen oder deutschpolnischen Lösungen, sondern mit einem

Polen nach Wilsons Bedingungen

das alle Gebiete von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung umfassen soll.

Litauen, Kurland, Livland, Estland — alles schwimmt weg. Donauabwärts geht der Zug. Wo sind die Königskronen und Herzogshüte geblieben, die das alte deutsche System dort so freigebig verteilen wollte? Wo die Hoffnungen einiger der vielen deutschen Prinzen, die die Hände begierig ausstreckten nach dem ersehnten Schmuck? Zerknittert, versunken, vergessen.

Nur Finnland scheint der einzige ruhende Pol in der Revolutionen Flucht zu sein. Sein Rumpfständtag, aus dem die achtzig Sozialdemokraten vorher zwangsweise entfernt worden waren, hat mit knapper Mehrheit den Schwager des deutschen Kaisers zum König gewählt. Der Kniff gelang nur dadurch, daß die Monarchisten auf ein vermodertes Gesetz aus dem Jahre 1772 zurückgriffen, um ihrem Beschluß den Schein einer Legitimität zu geben. Der neue König muß sich aber beeilen, wenn er sein geliebtes Volk mal sehen will. Denn mit dem Ende der deutschen Okkupation muß er das angestammte Land wieder verlassen. Da dieser Termin unter Umständen sehr schnell eintreten kann, so tut Friedrich Karl von Hessen gut daran, den nächsten Schnellzug zu nehmen. Sonst kommt er zu spät.

Denn in allen Ländern des Ostens, in denen jetzt noch deutsche Generale als Sieger die Herrschaft üben, weiß man, daß Deutschland selbst von seiner Absicht, die Verhältnisse im Osten durch einseitiges Machtgebot zu regeln, zurückgetreten ist. Man weiß, daß die deutsche Okkupation vielleicht nur noch einige Wochen, höchstens noch einige Monate dauern kann. Die politischen Führer jener Länder, welche die Anlehnung an die Mittelmächte gewollt oder sich wenigstens mit ihr abgefunden hatten, müssen jetzt eine

neue Orientierung suchen.

Nach allem, was man weiß, dürfte ihnen das nicht schwerfallen. Die Bourgeoisie des alten Zarenreiches hat willig und bewußt drei Jahre lang auf der Seite der Entente Krieg geführt; sie stand Jahrzehnte hindurch im Bunde mit Frankreich, das sich bei ihr der größten Beliebtheit erfreut. Der Uebergang von den Mittelmächten zur Entente würde also den herrschenden Schichten der von Rußland losgelösten Länder nicht schwerfallen, wenn sie nicht die deutsche Besetzung als einen Schutz gegen die von Großrußland her drohende Bolschewikigefahr betrachten würden.

Die Wirkung auf die Bolschewikiherrschaft in Rußland bleibt auch nicht aus. Schon sind die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin nicht mehr so freundlich, wie sie einige Zeit hindurch schienen. Die Sowjetregierung hat den

Brester Vertrag

gegenüber der Türkei für null und nichtig erklärt. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn eine ähnliche Erklärung gegenüber Deutschland erfolgen sollte. An Vorspielen dazu fehlt es jetzt schon nicht.

Die Fehler des alten deutschen Systems beginnen sich zu rächen. Alles bricht zusammen, was der Machtwille der deutschen Reaktionäre und Welteroberer künstlich aufgerichtet hat. Sie gingen überall mit der dünnen Schicht der Unterdrücker zusammen und mißachteten die breiten Massen der Völker. Sie trieben der demokratischen Entente Sympathien selbst dort zu, wo sie bisher noch nicht vorhanden waren. Sie säten Haß, wo es bitter nötig gewesen wäre, Liebe auszupflanzen.

Mit der preußischen Junkerpeitsche sollte die östliche Welt regiert werden. Autorität, nicht Majorität. Unterordnung, nicht Selbstbestimmung.

Die Reaktionäre aller Kaliber, die Nationalliberalen wie die Konservativen, die Agrarier wie die Alldeutschen haben es gefordert. Es ist nach ihrem Willen verfahren worden, denn sie hatten bis vor zwei Wochen die deutsche Macht in Händen.

Nun kann das deutsche Volk erkennen, was die Machtanbeter und Gewaltpolitiker angerichtet haben. —

Polnische Forderungen

Im „Berliner Tageblatt" gibt Erich Dombrowski diese lehrreiche Uebersicht über die Volksverteilung im gemischtsprachigen Osten. Red. d. Volkswacht.

Die sämtlichen deutschpolnischen Organisationen haben, wie berichtet, in einem Aufruf „Die Vereinigung aller in den polnischen Ländern wohnenden Volksteile zu einem Ganzen" verlangt, nachdem die deutsche Regierung die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson angenommen hat. Der dreizehnte Punkt des amerikanischen Friedensprogramms, auf den wir bereits hingewiesen haben, lautet:

„Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt, und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unversehrtheit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte errichtet werden."

In seiner Rede vom 11. Februar dieses Jahres hat Wilson in dem vierten der dabei aufgestellten weiteren Grundsätze erläuternd verlangt:

„daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung aller Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen."

Danach kommen zwei Voraussetzungen für die Erfüllung der allpolnischen Wünsche in Frage. Einmal müssen die Länder (territories), die zu dem künftigen unabhängigen polnischen Staat geschlagen werden sollen, von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bevölkert sein. Prüfen wir das an der Hand der amtlichen Statistiken aus der Zeit der unmittelbar vor dem Kriege noch. Westpreußen, Posen und der südliche Teil Schlesiens, die von Polen durchsetzt sind, müssen in Betracht gezogen werden. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 halten danach als Muttersprache angegeben:

	deutsch	polnisch
In der Provinz Posen . . .	38,42 Proz.	60,90 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Posen	31,96 Proz.	67,38 Proz.
im Reg.-Bez. Bromberg	49,67 Proz.	49,59 Proz.
im schlesischen Reg.-Bez. Oppeln .	40,04 Proz.	52,96 Proz. (wasserpolnisch)
	deutsch	polnisch einschl. kassubisch)
In der Provinz Westpreußen	64,45 Proz.	34,22 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Danzig	71,77 Proz.	27,22 Proz.
im Reg.-Bez. Marienwerder . . .	58,82 Proz.	39,54 Proz.
in der Stadt Danzig	96,5 Proz.	2,1 Proz.

Daraus geht hervor, daß nur in der Provinz Posen die polnisch sprechende Bevölkerung der deutschen an Zahl überlegen ist. Das ist in erster Linie in dem ersten Regierungsbezirk Posen der Fall. Hier ist das Verhältnis ungefähr 2 zu 1. Das heißt auf zwei Polen kommt immer ein Deutscher. Von einer „unzweifelhaft" polnischen Bevölkerung kann mithin nicht einmal in diesem relativ kleinen Bezirk die Rede sein. Nimmt man ferner die Verteilung der deutschen Elemente in diesem Bezirk unter die Lupe, so wird man entdecken, daß sich gerade hier zahlreiche geschlossene Ansiedlungen befinden, die auf den ganzen Bezirk verteilt sind. In den anderen Gebieten liegen, wie die statistische Aufstellung ergibt, die ethnographischen Verhältnisse für die Polen viel ungünstiger. Im posenschen Regierungsbezirk Bromberg hält sich die deutsche und die polnische Bevölkerung fast ziemlich die Wage. Deutsche haben sogar ein, wenn auch geringfügiges Uebergewicht. In der Provinz Westpreußen dagegen entfällt im Durchschnitt ein Pole auf zwei Deutsche. Dabei sind die Kassuben, eine slawische Abart, die man erst sehr spät zu polonisieren begonnen hat, mit eingerechnet. Diese „polnische" Bevölkerung im Nordwesten der Provinz ist durch einen breiten deutschen Gürtel von den übrigen polnischen Volksteilen der Provinz abgeriegelt. Bleibt in der Hauptsache nur der Bezirk Neumark-Löbau, der unmittelbar an Kongreß-Polen grenzt. **Die Stadt Danzig, die ja auch von den Polen beansprucht wird, auch wenn sie in dem Aufrufe nicht ausdrücklich genannt wird, weist in ihrer Bevölkerung, Lage und schreibe, nur ein wenig mehr als 2 Prozent auf.** Die Polen Oberschlesiens endlich, die sogenannten Wasserpolen, sind von den Polen überhaupt erst seit 20 Jahren „entdeckt" worden. Früher haben sich die Polen um diese Schicht, die ein Polnisch spricht, das man nur als korrumpiert bezeichnen kann, überhaupt nicht bekümmert. Erst die demokratisch-allpolnische Richtung, mit Korfanty an der Spitze, hat hier im Kampfe wider das Zentrum eine wilde, zum Teil erfolgreiche politische Agitation entfaltet.

Noch lehrreicher ist die amtliche Statistik über die Reichstagswahlen vom Jahre 1912. Hier handelt es sich um die Zählung der geheim abgegebenen deutschen und polnischen Stimmen. Infolgedessen kommt hier die politische Stimmung der Bevölkerung klar und unverfälscht zum Ausdruck. Und hier tritt nun — ganz überraschend — das Bekenntnis zum Polentum, so weit sich das in Verhältnisziffern ausdrücken läßt, weit hinter den Ergebnissen der Volkszählung zurück. Die Tabelle belegt: Es wählten 1912:

	deutsch	polnisch
In der Provinz Posen	44,2 Proz.	55,8 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Posen	38,7 Proz.	61,3 Proz.
im Reg.-Bez. Bromberg	53,1 Proz.	46,9 Proz.
im schlesischen Reg.-Bez. Oppeln . . .	69,2 Proz.	30,8 Proz.
In der Provinz Westpreußen	65,8 Proz.	34,2 Proz.
davon:		
im Reg.-Bez. Danzig	71,9 Proz.	28,1 Proz.
im Reg.-Bez. Marienwerder	61,3 Proz.	38,7 Proz.
in der Stadt Danzig	98,0 Proz.	2,0 Proz.

Die erste Vorbedingung des Wilsonschen Programms, die davon spricht, daß alle Länder mit einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung zu einem selbständigen Staat vereinigt werden sollen, ist in Westpreußen, Posen und Oberschlesien also kaum erfüllt. Die Antwort auf die zweite Voraussetzung, daß nur „klar umschriebene nationale Ansprüche ohne neue oder die Verewigung aller Elemente von Zwist und Gegnerschaft" befriedigt werden sollen, ist damit gegeben. Ueberdies sind die östlichen Provinzen wirtschaftlich so sehr mit dem übrigen Preußen-Deutschland verbunden, daß wahrscheinlich viele Polen, vor die Entscheidung gestellt, selbst für eine weitere Zugehörigkeit zu Preußen votieren würden. Das neue Deutschland dürfte bereits jetzt, den Polen, als preußisch-deutschen Staatsbürgern, die volle kulturelle Autonomie zu gewähren und zur Durchführung dieses Grundsatzes sich zur Anlegung „nationaler Kataster" zu entschließen. Aber wird der erst werdende polnische Staat sich (mit Recht) gegen Annexionen deutschen Gebiets gewendet hat, ebensolche darf man von ihm verlangen, daß er, der noch kaum ins Leben getreten ist, nicht Ansprüche geltend mache, die das deutschpolnische Verhältnis für immer vergiften würden. Die Politiker in Warschau, Krakau und Posen, die, statt eine reale Politik zu treiben, sich von neuem in einer nationalen Romantik zu verlieren drohen, sollten sich doch sagen, daß Deutschland und Polen auf unabsehbare Zeit hinaus kulturell und wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Roedern über die Kriegsanleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.

Helfferich

Zur Lösung der Polenfrage

schreibt die Breslauer „Volkswacht" mit unserer Zustimmung:

Aber darüber hinaus gibt es doch auch für uns manchen Gegenstand der Sorge. Die polnischen Proklamationen sprechen von allen Teilen Polens, meinen also auch die preußischen Teile des ehemaligen Polen. Fast anderthalb Jahrhunderte sind aber seit der Teilung Polens verflossen. Eine überaus starke Verschiebung der Bevölkerung hat stattgefunden. Viele Hunderttausende Polen haben den Zug nach Westen angetreten und sind in Berlin, Breslau, im Rheinland-Westfalen fest angesiedelt. In die Lücken, die die Abwandernden gelassen haben, sind freiwillige oder nicht ganz freiwillige Kolonisten deutscher Zunge und Abstammung gekommen. Posen, zurzeit der Einverleibung in Preußen eine rein polnische Stadt, ist heute weit mehr von Deutschen als von Polen bewohnt und deutsche Kultur hat die Provinz Posen gründlich geändert. Kein Zweifel, die preußische Politik hat schwere Sünden in Polen gehäuft. Aber Posen ist heute nicht mehr ein polnisches Land, wie vor 150 Jahren. Das Gleiche gilt für die Provinz Oberschlesien und für die Städte, die wie Thorn, Graudenz und Danzig in Frage kommen als Ausfallgebiet des künftigen unabhängigen Polens nach dem Meere. Hier würde deutsches Volkstum verloren gehen, wenn Wilsons dreizehnter Punkt so zur Ausführung käme, wie die Polen es auslegen. Wir hoffen allerdings, daß trotz aller Verwaltungsfehler, die die preußische Bureaukratie gemacht hat, der überwiegende Teil unserer oberschlesischen und posenschen Mitbürger, unter denen die „Volkswacht" eine große Zahl von Lesern zählt, die Ordnung eines demokratischen deutschen Reichs den recht unsicheren Verhältnissen eines polnischen Schlachtschitzenstaates vorziehen wird. Daß sie freiwillig dort verbleiben, wo man ihnen doch auch die Kultur und das Wirtschaftsleben der neuen Generation gegeben hat.

*

Der Magistrat der Stadt Danzig hat gegen die etwaige Polonisierung Danzigs telegraphisch an alle maßgebenden Stellen des Reichs Einspruch erhoben.

Politische Wochenschau

Deutschland

Der Brief

Der zeitige Reichskanzler veröffentlicht seinen Brief an Alexander von Hohenlohe, den Sohn „Onkel Chlodwigs", der wegen der Herausgabe der Denkwürdigkeiten seines Vaters als Bezirkspräsident von Oberelsaß gemaßregelt wurde und seitdem in der Schweiz lebt. Der Brief ist vom 12. Januar d. J. datiert und bespricht die Rede, die Max von Baden am 14. Dezember des Vorjahres in der badischen Ersten Kammer gehalten hat.

Der Schreiber hat von dem Familienbrief keine Kopie zurückgehalten. Er behauptet aber, daß der Abdruck in einem Schweizer Blatt richtig sei.

Der Brief geißelt die demokratische Parole und Schlagwörter der Parteitaktik, zumal den Parlamentarismus — schön, aber man geißelt nur, was einem fremd und feindlich und widerwärtig erscheint. Die Demokratie ist dem badischen Thronfolger so wenig sympathisch wie der Parlamentarismus. Das finden wir ganz verständlich, da es sich um einen Thronfolger handelt. Nicht verständlich aber finden wir es, wenn dieser dann als Führer und Leiter einer demokratischen Volksbewegung auftreten will.

Den Fraktionsführern hat Max gesagt, er wäre auch heute noch ein Gegner der westlichen Demokratie und des Planes, sie automatisch auf Deutschland zu übertragen. Mit Verlaub, die Erscheinungen, die er dabei im Auge hat, haben nichts mit der Demokratie, sondern nur mit dem Kapitalismus zu tun. Es gilt nur, diese widerliche Betriebsamkeit der Bourgeoisie bei uns später einzudämmen, womöglich abzuschnüren. Aber Demokratie ist Demokratie. Die westliche ist nicht anders und kann nicht anders sein wie die östliche und umgekehrt.

Dasselbe gilt für den Parlamentarismus. Wer den westlichen ablehnt, kann nicht den deutschen errichten wollen. Ein deutsches Patent auf eine besondere parlamentarische Fabrikationsart gibt es nicht. Mit der deutschen „Eigenart", dieser überheblichen Erfindung, bleibe man uns vom Leibe. Sie hat bisher auf diesem Gebiet höchstens in Untertänigkeit und Devoterie bestanden. Damit ist es jetzt aus. Das deutsche Volk tritt endlich in die Reihe der freien selbstbewußten demokratischen Völker.

Die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit nennt Max von Baden am 12. Januar d. J. „ein scheußliches Kind der Angst und der Berliner Hundstage". Am 5. Oktober erklärt er für sich die „bedingungslose Zustimmung" zu diesem scheußlichen Kinde der Angst und der Hundstagshitze. Nun meinen wir, Max kann wohl den Brief an seinem Vetter Alexander, aber er kann nicht die Gesinnung und die Ueberzeugung vergessen haben, die er noch vor neun Monaten trug und fühlte. Sein Reichstagsprogramm erscheint daher nicht sonderbar. Mit der bei bürgerlichen Parteien üblich gewordenen Umlernerei ist der Wandel allein nicht zu erklären.

„Abeutsche und Friedensresolutionen sind beides gleich dumme Erscheinungen." Ist man einmal dieser Meinung, so eignet man sich nicht dazu, Friedensresolutionen durchzuführen. Wer dieses gewaltige Werk zustande bringen und dem deutschen Volke nützen will, muß ein ungebrochenes Rückgrat haben. Das hat Prinz Max von Baden nicht mehr.

„Unabhängige" Machenschaften

Der „Vorwärts" schreibt: Von zuverlässiger Seite werden wir auf einen Plan aufmerksam gemacht, den einige „Unabhängige" in Berlin — wir nehmen an, nicht die verantwortlichen Führer — ausgeheckt haben. Diesen Leuten erscheint als das wichtigste Gebot der Stunde die Kompromittierung der gegenwärtigen Regierung. Man will in nächster Zeit in Berlin irgendwelche Kundgebungen veranstalten und dabei ganz bewußt ein Eingreifen der Polizei provozieren. Von dem traditionellen Ungeschick unserer ausführenden Polizeiorgane erhofft man dann Zwischenfälle, die in möglichst starker Aufmachung gegen die jetzige Regierung ausgeschlachtet werden sollen.

Die Plänemacher sind offenbar Leute, die der Parteihaß um jedes Denken gebracht hat. Bei nur halbwegs ruhiger Ueberlegung müßten sie sich sagen, daß ein derartiges Vorgehen in erster Linie die von der Regierung eingeleiteten Friedensverhandlungen auf das schwerste schädigen muß. Dem Friedensangebot der neuen Regierung hat auch der Wortführer der „Unabhängigen" im Reichstag, Abg. Haase, ausdrücklich zugestimmt. Bisher ist nicht das mindeste geschehen, was die „Unabhängigen" zu dem Vorwurf berechtigen könnte, die Regierung arbeite nicht ernsthaft und tatkräftig auf den Frieden hin. Sollten sie nun wirklich aus Parteihaß Kriegsverlängerer werden?

Einen gelungenen Witz leistet sich ein Flugblatt, das dieser Tage in verschiedenen Fabriken verbreitet wurde. Es enthält neben anderen gleich ernst zu nehmenden Anregungen auch die Aufforderung zum Munitionsstreik. Den „Munitionsstreik" werden wir nun wirk-

---

Umsturz

Die Exzellenzen steh'n verdattert
und seh'n sich wenig geistreich an.
Durch ihre Amtsgedanken rattert
Mit Hü und Ho der Scheidemann.

Geheime Angst packt der Schauer
und sie erleben tiefverletzt,
daß sich ein Mann wie Gustav Bauer
an die erlauchte Tafel setzt.

Er war nicht einmal Referendärchen!
Der andere stand am Setzerpult — !!
Es zieht nicht mehr, das alte Märchen,
womit das Volk man eingelullt:

Daß nämlich Weisheit zum Regieren
man nur aus gold'nen Löffeln frißt
und daß mit Haarpomadeschmieren
die Kopfarbeit erledigt ist!

Paulchen im „Vorwärts".

Nur die Sekretärin

Von H. Wega.

„Frau Lotte, bitte, kommen Sie herein!"

Die junge Frau sprang bei diesen Worten empört auf. Was er sich wieder herausnahm! Sie mit ihrem Vornamen anzureden! Natürlich, sie war ja „nur die Sekretärin", wenngleich Frau und wenn sie auch aus denselben Kreisen stammte wie er. Vielleicht sogar aus besseren. Denn man erzählte sich, daß seine Eltern im Kriege 70 durch damals schon beliebte Schieberei ihr großes Vermögen gemacht hätten, während sie aus einer alten, wenn auch unvermögenden Gelehrtenfamilie stammte. Aber — Empfindlichkeit schien jetzt wenig am Platze. Man wollte nicht verhungern, mußte sich sein Brot verdienen, so gut es ging. Sie nahm sich also zusammen und ging ruhig in seine Stube.

„Herr Professor?"

Freundlich blickte er auf die Eintretende und streckte ihr seine Hand entgegen.

„Wollen Sie mir nicht mal erst guten Morgen sagen, Frau Lotte? Haben wohl wieder schlecht geschlafen?"

Ihr Blick umflorte sich.

„Ich schlafe immer schlecht seit — — —" sie brach ab und setzte sich an die Schreibmaschine. Nur ihm nichts sagen von den Qualen, die ihre junge Witwenschaft ihr bereitete! „Können wir anfangen, Herr Professor?"

Ihn aber schien heut' die Arbeit wenig zu interessieren. „Werden Sie denn nie darüber hinwegkommen, Frau Lotte? So hübsch und jung — da müßte man doch nach zwei Jahren auf einem ganz anderen Standpunkt stehen! Ich begreife das nicht."

Nein, dachte sie bei sich, das begreifst du nicht, weil du ein Mensch bist ganz ohne feineres Empfinden, weil du gar nicht weißt, wie es ist, jemand mit voller Hingabe zu lieben, — ausgenommen dich selber. Und — ich werde mir sicher nicht die Mühe geben, es dir beizubringen.

Es würde ihr ein Verbrechen an Lothar scheinen, vor diesem Mann von ihm zu reden. Und von ihrer wunderschönen, leider so kurzen Ehe. Konnte das überhaupt ein Junggeselle verstehen, der immer nur sich und seinen Neigungen gelebt hatte, — wie das zwischen ihr und Lothar gewesen? Dies innige Zusammenleben und Zusammenwirken! Immer hatte er sie in der Zeit ihrer Ehe teilnehmen lassen an dem, was ihn beschäftigte. An seinem Streben, seinen inneren Kämpfen, an allem, was sein reiches, schönes Gemüt an guten und lieben Gedanken barg. Ihr großes, unwiederbringlich verlorenes Glück!

Eine heimliche Träne stahl sich in die dunklen, schönen Augen, aus denen soviel Güte und Reinheit strahlte. Der Mann am Schreibtisch sah es und — ärgerte sich darüber. Konnte sie denn an gar nichts anderes denken als an diesen jungen Menschen, der ihr nicht mal ein sorgloses Leben, ihrer reifenden Persönlichkeit durchaus nicht den passenden Rahmen geboten und sie schließlich arm zurückgelassen hatte, so daß sie gezwungen war, eine Sekretärinnenstelle anzunehmen? Für die Witwe eines Kollegen immerhin nicht sehr „fein".

Aber wollte man ihr näher kommen, durfte man sie nicht verletzen, das hatte er bereits gemerkt.

„Lassen Sie es gut sein, Frau Lotte," begann er wieder und zwang sich zu einem väterlich-gütigen Ton, „das Wetter ist heute so schön, und da hätte ich ganz andere Pläne. Ich wollte ein bißchen im Grunewald mit Ihnen spazieren fahren, dann irgendwo gemütlich essen — und nachher — nachher mit Ihnen an die Arbeit gehen."

Frau Lottes Lippen kräuselten sich verächtlich. Für wie dumm er sie doch hielt! Und arglos. Sie brauchte nicht in sein Gesicht zu sehen, — der lüsterne Ausdruck desselben stand deutlich vor ihrer Seele und warnte sie. So hatte er schon

9. Jahrgang
Nr. 42

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
19. Oktober 1918

Danziger Nachrichten

Zur Stadtverordnetenwahl.

In einer am 11. Oktober stattgehabten Gewerkschaftsversammlung nahm die freiorganisierte Arbeiterschaft Danzigs Stellung zu der im November stattfindenden Stadtverordnetenwahl. Am Montag vorher stellte die Kartellversammlung den fehlenden Kandidaten, Genossen J. Gehl, gegen 2 Stimmen auf. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag des Herrn Gewerbeschuldirektor Jasse über „Schulreform" mußte wegen Erkrankung des Referenten abgesagt werden. Im zweiten Punkt behandelte der Kartellvorsitzende Kollege Krüger in eingehender Weise die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl für die Arbeiterschaft. Schon in früheren Jahren sind unter Aufbietung aller Kräfte die Wahlen zur 3. Abteilung getätigt worden, leider ohne positiven Erfolg. Dank eines Dreiklassenwahlrechts und einer fein ausgeklügelten Bezirkseinteilung war es der Sozialdemokratie nicht möglich, Bresche in dieses Parlament zu legen. War dies vor der Parteispaltung nicht möglich, so würde es nach der Spaltung zum Schaden der Arbeiterschaft erst recht nicht gelingen. Vor dieser betrübenden Tatsache dürfen wir die Augen nicht verschließen und haben sie nicht verschlossen. Wir sind deshalb unter Zustimmung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins der Einladung des Mietervereins gefolgt, an einem von ihm gebildeten Kompromiß zur Erledigung der diesmaligen Wahlen teilzunehmen. Wir konnten dies umsomehr, als die kommende Zeit an die Kommunen gewaltige Aufgaben stellt, bei deren Erledigung die werktätige Bevölkerung sich nicht den Luxus erlauben darf, auch ferner auf eine Vertretung ihrer Interessen in der Stadtverordnetenversammlung zu verzichten. Politische Schlachten werden in einem Stadtparlament nicht geschlagen. Hier geht es um interne Wirtschafts- und Arbeiterfragen.

Redner bespricht in ausführlicher Weise die wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft. Die Durchführung der Rohstoff- und Arbeitsbeschaffung, Kleinwohnungsbau usw. erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte. Zur Verwirklichung dieser Aufgaben haben wir mit den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften sowie mit den Beamtenorganisationen und dem Mieterverein ein Kompromiß geschlossen. **Die Kandidaten behalten in diesem Kompromiß ihre volle politische Betätigungsfreiheit.** Nur zur Durchsetzung der nächstliegenden wichtigsten Aufgaben sind sie verpflichtet. Es ist die Frage gestellt worden, ob das Kartell gemeinsam mit christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften die Wahlen betreiben könne. Hierauf wäre zu antworten, daß nicht etwa erst während des Krieges, sondern schon vor Ausbruch desselben die Gewerkschaften überall dort zusammengingen, wo die Kraft der einzelnen Organisation nicht ausreichte, um wirtschaftliche Erfolge zu erreichen. Das gleiche ist hier der Fall. Es gilt die übermächtige Hausbesitzerkaste in die Schranken zu weisen um eine Kommunalpolitik treiben zu können, die der Gesamtheit zum Nutzen gereicht. Unsere Kandidaten, die Genossen Gehl, Reek und Arczynski werden ihr bestes daran setzen, um zu Nutz und Frommen der werktätigen Bevölkerung zu wirken.

Als nächster Redner behandelte Genosse Gehl in etwa einstündiger beifällig aufgenommenen Rede die wichtigsten Aufgaben einer Stadtverwaltung.

Nicht nur die Fragen der Uebergangswirtschaft zwingen uns, unter allen Umständen in die Stadtverordnetenversammlung einzudringen. Aus dem großen Bukett sind nur die Steuerverhältnisse, Straßenbahnverkehr, Schulfragen, Wohnungsbau, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, Schaffung eines Arbeitsnachweises unter paritätischer Leitung und beruflicher Gliederung, Wahlrechtsfrage usw. zu nennen, um die große Bedeutung der Stadtverordnetenwahl zu ermessen. Redner bespricht im einzelnen die Programmpunkte und wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die bisherige Wohnungspolitik. Keine deutsche Stadt von der Größe Danzigs hat eine so hohe Kindersterblichkeit aufzuweisen wie unser Danzig. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wollen wir aber durchgreifende Besserungen zum Wohle der Gesamtheit einführen, dürfen wir nicht auf der Galerie sitzen, sondern müssen selbst in die Arena steigen.

Kollege Arczynski wendet sich den vom Mieterverein aufgestellten Richtlinien zu und gibt diese der Versammlung zur Kenntnis. Kein Punkt ist in diesem Programm enthalten, den wir nicht mit gutem Gewissen unterschreiben können. Wir sind ja auch nicht gehindert, unsere weitergehenden Forderungen zu vertreten. Aus der neuen Zeit müssen wir lernen. Ueberall da, wo sich die Möglichkeit bietet, für die Arbeiterschaft etwas zu erreichen, müssen wir zufassen.

In der Diskussion äußern sich sämtliche Redner in zustimmendem Sinne. Kollege Krahn ersuchte um rege Wahlbeteiligung.

Der Große Arbeitnehmerausschuß

hielt am Montag im Danziger Rathause eine Sitzung ab, in der Bürgermeister Dr. Bail den Vorsitz führte. Der Vorsitzende gedachte in warmen Worten des verstorbenen Oberbürgermeisters und Vorsitzenden des Arbeitnehmerausschusses, zu dessen Ehren sich die Versammlung von den Plätzen erhob.

Der Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Beamten und Lehrer, eine Vertretung im Großen Arbeitnehmerausschuß zu erhalten, wurde nach längerer Diskussion auf Wunsch des Magistrats abgelehnt. Dr. Grünspan teilt mit, daß die Brotration wieder auf ihre alte Höhe von 1900 Gramm festgesetzt worden ist. Im Gegensatz zu anderen Städten bekommt Danzig Trockenfabrikate als Streckungsmittel. Das Brot ist trotzdem schlecht. Im Proviantamt ist mit demselben Mehl, allerdings mit Sauerteig, gutes Brot gebacken worden. Die Versorgung der Kinder macht große Schwierigkeiten. Nährmittel waren nicht zu beschaffen, es mußte feines Friedensmehl ausgegeben werden. Auch Gries wird gegeben werden. Die Versorgung mit Gemüse ist reichlich aber zu teuer. Für einen Kopf Blumenkohl werden 7 Mk. verlangt. Für Wruken ist kein Höchstpreis festgesetzt, sie werden für 20 Pf. das Pfund angeboten und gekauft. Das hat zur Folge, daß die billigen Mohrrüben verfüttert werden. Die Provinzialstelle muß hier eingreifen und Höchstpreise für Wruken festsetzen. Die Fleischversorgung hat sich im gesetzlichen Rahmen abgespielt. Die Kreise Putzig und Karthaus hatten sich verpflichtet, an Danzig je 30 000 Gänse zu liefern. Davon sind bis jetzt 500 geliefert worden. Es wird schwer halten, diese Zahl zu erhöhen. Für Gänse ist ein Höchstpreis festgesetzt, wohingegen für Hühner und Enten kein Höchstpreis besteht. Wenn der Bauer für diese 5 bis 6 Mk. für das Pfund erhält, dann gibt er die Gans nicht für 3,50 Mk. her. In Polen hat man der Handelsgesellschaft gestattet, Gänse über den Höchstpreis zu bezahlen. In Berlin erklärt man, dies ginge für Deutschland nicht an; die Behörden sollten auf die Beachtung der Höchstpreise aufpassen. Dieser Rat kommt für die Städte nicht in Betracht, weil ihre Macht an der Stadtgrenze aufhört. Die Obsternte ist mit Ausnahme von Westpreußen schlecht ausgefallen. Mit Ausnahme von Edelobst kommt alles Obst in die Marmeladefabriken. Marmelade kann nicht ausgegeben werden, weil diese zur Verfügung der Reichsstelle gehalten werden muß. Wruken werden zur Streckung von Marmelade nicht verwandt. Als Streckungsmittel kommen nur Möhren und Kürbis in Frage. Die in einigen städtischen Verkaufsstellen zur Ausgabe gelangenden Knochen werden von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt. Die Menge ist so gering, daß es nicht lohnt, die Verkaufsstellen zu vermehren. In letzter Zeit ist Sülze ausgegeebn worden, die zum Teil aus Gelatine und Gurken besteht. Die Eierverteilung kann jetzt nur bezirksweise erfolgen, weil die Hühner nicht legen. Viel Klagen sind beim Magistrat eingelaufen über saure Milch. Die meisten beziehen sich auf die Molkerei von Dohm, die die Milch von weit her erhält. Die Säuglingsmilch muß auf alle Fälle einwandfrei erhalten werden. Die neuen Milchkarten kommen in verschiedenen Farben zur Ausgabe. In die Speisehallen ist ein Koch eingetreten. Der Besuch steigt.

Stadtrat Schwarz meint, daß es so scheint, als ob die Kohlenversorgung tatsächlich etwas besser werden solle. Denn die nach der Ukraine bestimmten Kohlen kommen nach dem Osten und auch Danzig. Die aus Westfalen gekommenen Kohlen sind schlecht und teuer. Die Klagen darüber werden nicht aufhören, weil wir keine anderen Kohlen bekommen. Mit der Petroleumbelieferung sieht es sehr schlecht aus. Eine Aufforderung an Danziger Betriebe, Petroleum an die dort beschäftigten Arbeiter abzugeben, hatte keinen Erfolg. Die Firma Klawitter will nur dann Petroleum geben, wenn der Magistrat die abgegebene Menge zurückerstattet. Die Abgabe von Kartoffeln sollte für einen Monat erfolgen. Dies konnte nicht geschehen, weil die Zufuhren nachgelassen haben. Kartoffelmieten konnten wegen Mangel an Kartoffeln noch nicht angelegt werden. Daß der Mangel eingetreten ist, liegt daran, daß rollendes Eisenbahnmaterial fehlt. Der Magistrat ist dazu übergegangen, Kartoffeln auf dem Wasserwege von Schwetz zu beziehen. Die erste Sendung ist bereits eingetroffen.

In der Generaldebatte verlangt Rietz, daß für die Kartoffelanfuhr die Eisenbahn unbedingt die notwendigen Wagen stellen muß. Alles Gemüse müßte mit Höchstpreisen belegt und wie die Zwiebeln rationiert abgegeben werden. Nach der Klawitterschen Erklärung muß dieser zu reichlich mit Petroleum versorgt sein. Es sollte dafür gesorgt werden, daß dieses Petroleum für die Bevölkerung sichergestellt wird. Wir haben uns daran gewöhnt, daß der Magistrat viel verspricht, aber nicht Wort halten kann. Das erweckt in der Bürgerschaft den Eindruck, als könne der Magistrat überhaupt nichts durchsetzen. Ueber den Handel der Russen mit allen möglichen Gegenständen ist noch keine Aufklärung erfolgt. Es hätte heute darüber berichtet werden müssen. Es ist richtig, daß das Brot schlecht beschaffen ist. Wenn die kleinen Bäckereien kein gutes Brot backen können, dann müssen ihre Betriebe geschlossen werden. Redner verlangt Höchstpreise für Kaninchen, die nach seiner Meinung auswärtige Hotelbesitzer den Danzigern fortkaufen, und einen besonderen Raum in der Kleiderstelle zur Ausstellung von Bezugsscheinen. Zu der letzteren Anregung bemerkt Bürgermeister Bail, daß dies leider nicht möglich sei, wegen Mangel an Räumen. Krüger empfiehlt, der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich mit Gemüse einzudecken. Die Preise für bestimmte Gemüsearten sind viel zu hoch. Hier müßte unbedingt eine Besserung zugunsten der Verbraucher eintreten. Brotaufstrichmittel sind trotz des dringenden Wunsches der letzten Sitzung nicht verteilt worden. Zucker ist nur in einigen Lebensmittelgeschäften verteilt worden. Die Folge davon ist, daß sich vor diesen Geschäften wieder die schrecklichen Menschenschlangen bilden. Dem müßte durch Hinzuziehung weiterer Geschäfte so schnell wie möglich abgeholfen werden. Milch sollte nur vormittags abgegeben werden. In Neufahrwasser kommt es häufig vor, daß Milch selbst an Sonntagen nur Nachmittags ausgegeben wird. Dieser Zustand wird unangenehm empfunden. Es sollte dafür gesorgt werden, daß Milch nur vormittags zur Ausgabe gelangt. Die Zustände auf dem Fischmarkt spotten jeder Beschreibung. Kürzlich ist selbst eine schwangere Frau zu Boden gerissen worden. An dem schlechten Zustand des Brotes muß die Backkunst schuld sein. Frau Leu und Heinrichs verlangen, daß die Kartoffelzufuhren nicht stocken dürfen. Stadtrat Schwarz kann dafür nicht garantieren. Ein Vertreter der Kriegsamtstelle erklärt hierzu, daß es auf dem Lande an Arbeitsleuten fehlt, obwohl Kriegsgefangene und Soldaten verlangt und bewilligt wurden. Jungmannen sind zur Verfügung gestellt, bilden aber nur einen minderwertigen Ersatz für erwachsene Arbeiter. Der Magistrat sollte an die militärischen Behörden mit der Anregung herantreten, weitere Soldaten und Kriegsgefangene den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Köppen verlangt, die Stapelung des zum Verkauf gelangenden Holzes in der Weise, wie sie im Walde erfolgt. Bürgermeister Bail will dieser Anregung stattgeben. Dr. Grünspan teilt mit, daß die Zuckerverteilung jetzt Sache der Provinzialstelle geworden ist. Die Stadt hat darauf keinen Einfluß. Es ist festgestellt worden, daß gefälschte Zuckermarken in erheblichen Mengen in den Verkehr gelangt sind. Krahn verlangt, daß die Leute, die keinen Zucker erhalten haben, ihn nachgeliefert bekommen. Dr. Grünspan teilt auf Anfrage mit, daß es richtig sei, daß auf Antrag von Gartenbesitzern an diese eine Extra-Zuweisung von Zucker gegeben wurde. Gehl protestiert gegen diese Maßnahme. Die Obstgärtenbesitzer haben den Vorteil vor den übrigen Bürgern voraus, daß sie Obst haben, das andere nur dem Namen nach kennen und daß ihnen für dieses Obst noch extra Zucker zur Herstellung von Marmelade gegeben wird. Das ist eine Bevorzugung, die zurückgewiesen werden muß. Es gibt viele Familien in Danzig, die keinen Tropfen Milch erhalten. Bei der herrschenden Zuckerknappheit sind sie nicht einmal in der Lage, sich den Kaffee zu süßen. Selbst Kinder leiden unter dem Zuckermangel und hier gibt der Magistrat Zucker an Leute, die dadurch eine Bevorzugung erfahren. Die Art dieser Verteilung muß die Stimmung der Bevölkerung noch mehr herabdrücken. Köppen macht die überraschende Mitteilung, daß der Magistrat auch echten Bienenhonig bis zu 6 Pfund an einzelne Personen verteilt hat. Die Obstgartenbesitzer, die Extra-Zuweisungen an Zucker erhalten haben, dürfen auf keinen Fall von der Stadt auszugebende Marmelade erhalten. Karschefski erinnert an die Käseverteilung an geistige Schwerarbeiter, die ebenso liege, wie die Extra-Zuckerverteilung. Kein Mensch wisse davon, daß der Magistrat auf Antrag Extra-Zuweisungen gewähre, es sei denn, man habe Fühlung mit solchen Personen, die die Verteilung vornehmen. Das nenne man auf gut deutsch Schiebung. Klein stellt fest, daß Hotels Zucker zentnerweise erhalten haben und die Zuckerverteilung auf dem Lande nach Gunst erfolgt. Dr. Grünspan erklärt, daß solche Verteilung nicht mehr vorgenommen werden soll. Die Stadt habe 23 000 Zentner Weißkohl gekauft, der an die Bevölkerung zur Winterversorgung abgegeben werden soll. Nagrotzki bemängelt das Preisverhältnis zwischen Wruken, Mohrrüben und Rote Beeten und verlangt eine bessere Regelung. Im anderen Falle würden die Mohrrüben ans Vieh verfüttert werden. Bürgermeister Bail will wegen der Wrukenpreise eine Eingabe an die Provinzialstelle für Gemüse und Obst richten. Köppen beklagt sich darüber, daß bei Dohm, Schichaugasse, zu jeder Tageszeit Menschen nach Milch stehen müssen. Die Milch sollte in dieser Gegend an mehrere Geschäfte geliefert werden. Reek stimmt den Klagen über saure Milch zu und meint, daß, sie, nachdem die Stadt die Bewirtschaftung übernommen hat, zugenommen haben. Redner ersucht den Magistrat dafür zu sorgen, daß die Milch in einwandfreiem Zustande geliefert wird. Frau Leu macht die Händler für saure Säuglingsmilch verantwortlich. Diese Milch werde den Händlern in einwandfreiem Zustande geliefert. Wenn sie in saurem Zustande an die Bevölkerung gelangt, so trägt der Händler Schuld daran. Sauer gewordene Milch kann eingequirlt mit Mühlenfabrikaten und Zuckerzusatz an Kinder gegeben werden. Dr. Grünspan erklärt, daß kleine Kinder bis zu zwei Jahren keine saure Milch genießen können. Der Magistrat hat vom 1. Oktober 1917 die Bewirtschaftung übernommen. Er läßt die Betriebe durch Kontrollbeamte überwachen, was natürlich von den Molkereibesitzern unangenehm empfunden wird. An Stelle von saurer Milch soll Gries gegeben werden. Reek teilt mit, daß Helaer Fischer so reichlich verdient haben, daß sie nur fischen, wenn ihnen ein reichlicher Gewinn in Aussicht steht. Auf die Frage Gehls, ob nach seinem Vorschlage verfahren und Fischer reklamiert worden sind, wird erklärt, daß Kriegsgefangene nur in Binnengewässern beschäftigt wurden, was sich aber nicht bewährt habe.

Nachdem noch einige weitere Wünsche zur Sprache gebracht waren, wurde die Sitzung nach dreieinhalbstündiger Dauer geschlossen.

Herbst-Feier

Die Danziger Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im „Gewerbehaus", Heilige Geistgasse 82, ihre diesjährige Herbst-Feier. Das sorgfältig zusammengestellte Programm weist wieder die beliebten Volkstänze und Gesänge unserer Jugendlichen, Lieder zur Laute, Gesprochene Dichtungen, humoristische Vorträge und Musikstücke aus bekannten Opern auf. Außer den Jugendlichen werden diesmal, um den künstlerischen Wert der Feier zu erhöhen, einige Künstler von Ruf mitwirken. Der Jugendausschuß hat keine Unkosten gescheut um diese Veranstaltung zu einer erstklassigen zu machen. Wie früher, so erwartet er auch jetzt gütigen Zuspruch. Eintrittskarten a 75 Pfg. für Erwachsene und 50 Pfg. für Jugendliche sind im Vorverkauf erhältlich in der Buchhandlung Volkswacht und im Bauarbeiterbüro IV. Damm 7.

Arbeiterbildung

Die Reihe der literarischen Abende, die der Arbeiter-Bildungsausschuß in diesem Winter veranstaltet, wurde am Sonnabend durch einen Abend über Kriegsdichtungen eingeleitet. Eine fast unübersehbare Schöpfung an Dichtungen sind während des Krieges entstanden. Aber nur das Wenigste hält der Kritik stand. Eine sorgfältige Auswahl Dichtungen, die auch über die Tage des Krieges hinaus ihre Bedeutung behalten werden, brachte Fritz Weber zum Vortrag. Naturgemäß fanden die Dichter Max Bartel, Karl Bröger, Heinrich Lersch und Alfons Petzold eine besondere Würdigung. Hervorgegangen aus der Mitte des Volkes, wurzelnd in den Ideen und Menschheitsgedanken des Volkes, kommen gerade in den Dichtungen dieser Sänger des Krieges auch die hohen Menschheitsziele zum Ausdruck. Das macht diese Dichtungen so wertvoll und erhebt sie über die Bedeutung der Tage. Das diese Stimmen zum größten Teile im Schützengraben geboren wurden, zeigt von einer starken Menschheitsstimme, die selbst im Vernichtungskampf nicht verstummt. Mit diesen inhaltsvollen Dichtungen fand

der Vortragende dankbare Zuhörer. Der Abend fand guten Anklang. In nächster Zeit wird ein weiterer literarischer Abend stattfinden.

Ein Jugendheim für Mädchen

ist vom Ortsausschuß für weibliche Jugendpflege im Hause Breitbänkengasse 44, 1 Treppe, eingerichtet worden.

Durch Bücher, Zimmerspiele und ein Klavier ist für Unterhaltung gesorgt. In einem zweiten Zimmer zeigen drei Nähmaschinen, daß man ganz ohne Arbeit doch nicht bestehen kann, besonders in dieser Zeit, wo alles ausbesserungs—bedürftig ist. Unter sachkundiger Leitung können die Besucherinnen des Heims in besonderen Kursen ihre Wäsche ausbessern, Kleidungsstücke verändern oder Hausschuhe nähen. Weitere Anregung wird durch regelmäßige Chorstunde und eine Bibliothek gegeben. Alle 6 Wochen finden Unterhaltungsabende statt. (Siehe Annonce.)

Einen ersten musikalisch-deklamatorischen Kunstabend

veranstaltet der hiesige **Arbeiterbildungsausschuß, wie wir noch einmal hervorheben möchten, am heutigen Sonnabend** in der Ostbahn in **Ohra. Der Anfang ist auf 8 Uhr abends festgesetzt. Wer den Zug um 7,56 Uhr abends vom Hauptbahnhof benutzt, kommt noch zur rechten Zeit.**

Das Programm wird von erstklassigen Künstlern, die zum Teil Mitglieder **des hiesigen Stadttheaters sind, erledigt** werden.

Versäume niemand diese mit vieler Mühe und großen Unkosten zustandegekommene vielversprechende künstlerische Veranstaltung.

Alles Weitere ist aus der Anzeige dieser Nummer ersichtlich.

Berufsorganisation des Solopersonals des hiesigen Stadttheaters.

Am 7. d. Mts. traten die Solomitglieder der städtischen Bühne zur Gründung einer Ortsgruppe der deutschen Bühnengenossenschaft zusammen. Die Leitung übernahm das Schauspielmitglied Herr Walter Jung. Nach dem Verlauf der Verhandlungen scheint ein neuer, den Forderungen der heutigen Zeit entsprechender Geist auch in dieser Organisation zu herrschen. Die Oeffentlichkeit wird über die Bestrebungen auf dem Laufenden gehalten werden.

Erfolge im Baugewerbe

Wir berichteten kürzlich von einem Rundschreiben, das der hiesige Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an seine Mitglieder versandt hatte. Danach beabsichtigte diese Unternehmerorganisation das Kriegsamt zu veranlassen, den vom Arbeitgeberverband festgesetzten Stundenlohn von 1,26 Mk. für Maurer und Zimmerer und 1,00 Mk. für Bauarbeiter, durch Verfügung des Generalkommandos unter Strafandrohung als Grundlohn festzusetzen, der nicht überschritten werden darf. Gegen dieses Verfahren erhoben die Vertreter der Bauarbeiter beim Kriegsamt Einspruch. Die späteren zentralen Verhandlungen vom 9. bis 11. September d. J., die in Berlin im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Herrn Dr. Sitzler stattfanden, brachten der Danziger Bauarbeiterschaft eine Erhöhung ihres Lohnes von 15 Pfg. pro Stunde. Die hiesigen Unternehmer wollten aber diese Erhöhung nicht auf den bisher gezahlten Stundenlohn legen. Sie boten für Maurer und Zimmerer 1,35 und für Bauarbeiter 1,07 Stundenlohn. Da eine Einigung hierüber nicht zu erzielen war, riefen die Unternehmer das hiesige Kriegsamt als Einigungsamt an, das unter dem Vorsitz des Herrn Hauptmann Apreck und unter Teilnahme des zentralen Vertreters des Bauarbeiterverbandes, **Reichstagsabg. Silberschmidt, ein für die Arbeiter** günstiges **Urteil fällte. Danach beträgt der jetzige Stundenlohn für Maurer und Zimmerer 1,40 Mk. und für Hilfsarbeiter** 1,20 Mk. Die Möglichkeit der weiteren Steigerung des Lohnes soll mit dieser Festsetzung nicht unterbunden sein. Wer z. B. einen höheren Grundlohn als 1,25 bezw. 1,[illegible] Mk. bezogen hat, dem sollen die 15 Pf. Erhöhung auf diesen erhöhten Lohn bewilligt werden.

Mohrenwäsche der Schuldigen.

Als erste der Parteien hatte am vorigen Montag die [illegible] Sozialdemokratie Stellung zur politischen Lage genommen. Die Not des Vaterlandes hatte man hier nicht verkannt und alle waren sich einig, daß die Sozialdemokratie alles tun müsse, um das Schlimmste von Deutschland fern zu halten. Gegenüber dieser ernsten sachlichen Haltung der Sozialdemokratie ergehen sich diejenigen Kreise, die die Not Deutschlands mitverschuldet haben, in den heftigsten Anklagen und Beschimpfungen gegen die jetzige Reichsregierung. Die Alldeutschen und die Vaterlandsparteiler hielten am vorigen Sonnabend und Sonntag in Danzig zwei Versammlungen ab, [illegible] den unverantwortlichen politischen Leichtsinn dieser Kreise bewiesen. In der alldeutschen Versammlung sprach [illegible]. Die jetzige Regierung wurde von ihm aufs [illegible] angegriffen, der Friedensschritt Deutschlands für Schmach und Schande erklärt. „Von oben herab würde jetzt dem deutschen Volke der Untergang verordnet.“ Die einzige Rettung sei, wenn jetzt Politik im Sinne der Alldeutschen gemacht würde. [illegible] die alldeutschen Versammlungsbesucher, als die deutsche Antwortnote an Wilson bekannt wurde. Die konservative „Allgemeine Zeitung“ spricht von einem „flammenden Protest des deutschen Volkes“. Wenn aber das deutsche Volk an dem Friedensschritt der deutschen Regierung nicht einverstanden sein solle, dann müßten die Alldeutschen und Vaterlandsparteiler nichts sehnlicher wünschen, als eine [illegible] Demokratisierung Deutschlands. Dem gegenüber [illegible] bezeichnet der alldeutsche Redner die Erledigung der Wahlrechtsfrage als das furchtbarste Verbrechen, welches das Volk sicher zum Abgrund führe. Eine eigenartige Gemütsauffassung bezeugte der konservative Direktor Brunzen. Er erklärt, daß Gott den Oberbürgermeister Scholz deshalb zu sich genommen habe, damit derselbe die Schande Deutschlands nicht miterlebe. Wenn Wunzen solch einen Gottesbegriff in der Oeffentlichkeit vertritt, dann wundern wir uns über die Unbarmherzigkeit dieses Mannes, der die anderen alldeutschen Vaterlandsfreunde die „deutsche Schande“ mit erleben läßt.

Um nicht den Vorwurf der Heuchelei zu erhalten, haben sich die alldeutschen Kreise Danzigs zusammengetan zu einem **Volksausschuß für nationale Verteidigung.** „Gut und Blut“ wollen die Gründer dieses Volksausschusses für das Vaterland hergeben. Hoffentlich sehen wir diese Vaterlandsfreunde alle bald im feldgrauen Rock. Eigenartig berührt es aber, daß diese Bankrotteure der Gewaltpolitik jetzt mit einemmal die Verteidigung predigen, nachdem sie sich jahrelang nach Eroberung, Knechtung und Unterdrückung fremder Völker heiser geschrien haben. Die Verteidigung des deutschen Volkes wird durch das Treiben dieser Leute nur kompromittiert. Wenn sie der jetzigen Regierung Schwäche und ehrlose Nachgiebigkeit vorwerfen, so ist demgegenüber zu bemerken, daß gerade die Politik der Alldeutschen das schwere Schicksal Deutschlands verschuldet hat. Die Alldeutschen und Vaterlandsparteiler haben kein Recht, andere Parteien anzuklagen. Gericht wird in Deutschland einst gehalten werden. Das dann gesprochene Urteil wird aber für die Vaterlandsparteiler und Alldeutschen ihre Vernichtung im öffentlichen Deutschland bedeuten.

Bevölkerungspolitik

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Danziger Zeitung“ am 16. Oktober eine Zuschrift über die ungenügenden Teuerungszulagen der Beamten. Der Einsender ist mit der ihm gewährten Zulage von 1824 Mk. einschließlich Kriegsbeihilfen und Kinderzulagen höchst unzufrieden und droht mit Geburtenrückgang innerhalb der Beamtenschaft, wenn die Zulagen nicht erhöht werden.

Hierzu schreibt uns ein Arbeiter, daß es ihm, der vom 2. August 1914 Heeresdienste leistet und eine Familie mit 4 Kindern hat, noch viel schlechter geht. Er erhält nur 1692 Mk. jährlich an Unterstützung, wovon seine Familie sämtliche Lebensbedürfnisse bestreiten muß. Unser Freund ist der Meinung, daß diese Unterstützung in erster Linie doch ebenfalls erhöht werden muß. Die Drohung mit dem Gebärstreik des Einsenders der „Danziger Zeitung“ lehnt er aber sehr richtig ab und sagt, daß seines Erachtens die Allgemeinheit wenig verlieren würde, wenn Leute, wie der Artikelschreiber des bürgerlichen Blattes für das, was wirklich nottut, in dieser schweren Zeit so wenig Verständnis zeigen und durch ihre Abstinenz bestrebt sind, die Bevölkerungsziffer niedrig zu halten.

Es ist gut, daß einmal von einem schlichten Arbeiter ein solches Gebahren in wirtschaftlich besser gestellten Kreisen öffentlich zurückgewiesen wird. Ob diese moralische Ohrfeige, die dem Egoisten der „Danziger Zeitung“ hier versetzt wird, die beabsichtigte erzieherische Wirkung ausüben wird, möchten wir allerdings bezweifeln.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

hatte am Sonnabend eine Vertretersitzung in der eine Reihe von Ernährungsfragen behandelt wurden. Die Organisation ist verstärkt worden durch die Arbeitsgemeinschaft der Beamten und Lehrer mit etwa 6600 Mitgliedern, die sich zur gemeinsamen Arbeit angeschlossen hat und die Eingaben mit unterzeichnet. Eingaben und Antworten wurden zum Vortrag gebracht und weitere Eingaben beschlossen. Wie die Provinzialstelle für Gemüse und Obst den Mitgliedern der Preiskommission mitteilt, haben die Verwaltungen der größeren Städte Danzig, Elbing, Graudenz und Thorn erklärt, daß die Kleinhändler und Großhändler mit der Spannung der Höchstpreise zwischen den Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen nicht auskommen könnten. Die Provinzialstelle wäre deshalb zu einer Preiserhöhung für Zwiebeln, Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Grünkohl und Mohrrüben geneigt. [illegible] dieser Frage wurde im Kriegsausschuß eingehend Stellung genommen. Der Handelsaufschlag beträgt jetzt etwa 100 Prozent und darüber. Beim Weißkohl erhält der Erzeuger für den Zentner 3,15 Mark, der Kleinhändler nimmt 9 Mark. Es wird eine Erhöhung auf 11 Mark in Aussicht genommen. Der Kriegsausschuß erklärte sich entschieden gegen eine weitere Preiserhöhung zugunsten des Handels und wird seine Stellungnahme eingehend begründen. Es verlangt vielmehr eine Reform des Handels und vor allem des städtischen Großmarktes. Der zentnerweise Einkauf von Gemüse vom Großmarkt wurde den Verbrauchern empfohlen, auch mit Wrucken und Roten Rüben solle man sich eindecken.

Neuregelung der Lebensmittelversorgung und Verteilung auf der kaiserlichen Werft

In einer Massenversammlung nahm die Belegschaft der Kaiserlichen Werft Stellung zu dieser in letzter Zeit so viel Erregung verursachenden Frage. Arczynski leitete die Versammlung im Auftrage der freien Gewerkschaften mit einem Hinweis auf die Bedeutung dieser Sache ein, indem er die Entschließung der Massenversammlung vom 22. September zur Kenntnis gab, die die Grundlage für die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion und dem Reichsmarineamt bildete.

Der Obmann des Arbeiterausschusses Karschefski, erstattete folgenden Bericht: Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß die Werft in der Zeit vom Januar bis August 1918 folgende Lebensmittel zugewiesen erhalten hat: 39 Stück Rinder, 11 Zentner Margarine, 42 Zentner Halbfettkäse, 48 Breie Magerkäse, 2785,5 Kilogramm Speck, 1200 Kilogramm Bohnen, 1689 Kilogramm Rauchfleisch, 730,5 Kilogramm Räucherwaren, 155 Kilogramm Pökelfleisch. Diese Waren sind laut amtlichen Anschlag verteilt worden, wozu die einzelnen Nummern der Arbeiter aufgerufen worden sind. In welchen Mengen diese Lebensmittel wirklich zur Verteilung kamen, kann nicht festgestellt werden. Eine größere Menge Fleisch ist eingepökelt.

Das amtliche Material hat den Arbeiterausschuß veranlaßt, über die ganze Materie im Reichsmarineamt zu verhandeln, um eine grundlegende Ordnung in die Organisation des Wohlfahrtsvereins zu bringen.

Das Resultat der langwierigen Verhandlungen ist im wesentlichen folgendes:

Um eine ausreichende Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, wird folgendes bestimmt:

1. Die Beschaffung und Verteilung der für die Massenspeisung und die Abgabe an einzelne Arbeiter bestimmten Lebensmittel obliegt dem Wohlfahrtsverein.
2. Dem Wohlfahrtsverein wird ein aus 3 vom Arbeiterausschuß namhaft gemachten Vertrauensleuten der Arbeiterschaft gebildeter Lebensmittelausschuß zur Seite gestellt.
3. Der Lebensmittelausschuß ist über die Lebensmittelbeschaffung und Zuweisungen auf dem laufenden zu halten.
4. Der Wohlfahrtsverein bestimmt nach Anhörung des Lebensmittelausschusses, welche Lebensmittel und in welchen Mengen der Massenspeisung überwiesen werden sollen und welche im einzelnen an die Arbeiter zu verteilen sind. Bei den von Behörden zugewiesenen Lebensmitteln ist er an die von diesen über die Verwendung gegebenen Vorschriften gebunden.
5. Bei der Verteilung von Lebensmitteln an einzelne Arbeiter hat der Lebensmittelausschuß Vorschläge zu machen über die Art der Verteilung, die Größe der abzugebenden Einzelmengen und den Kreis der zu berücksichtigenden Personen.
6. Die Verteilung der Einzelmengen erfolgt unter Verantwortlichkeit des Wohlfahrtsvereins und im Beisein wenigstens eines Mitgliedes des Lebensmittelausschusses.
7. Die Abrechnungen über die behördlichen Lebensmittelzuweisungen sind monatlich aufzustellen und abzuschließen. Der Lebensmittelausschuß ist über das Ergebnis zu unterrichten.
8. Für die Massenspeisung wird ein Küchenausschuß gebildet, der aus 2 Vertrauensleuten der Arbeiterschaft besteht, die vom Arbeiterausschuß zu benennen sind.
9. Der Speisezettel ist allwöchentlich unter Zuziehung des Küchenausschusses aufzustellen.
10. An jeder Mittagsmahlzeit der Massenspeisung hat ein Mitglied des Küchen-, Lebensmittel- oder Arbeiterausschusses teilzunehmen.
11. Die den Mitgliedern des Lebensmittelausschusses und Küchenausschusses bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden notwendigen baren Auslagen werden ihnen von der Werft erstattet. Ebenso wird ihnen der durch ihre Tätigkeit entstehende Verdienstausfall vergütet.

In Verbindung mit dieser Regelung, so führte Redner weiter aus, **erfolgte ein Wechsel in der Besetzung des Wohlfahrtsvereins und des Arbeitsamts. Die Arbeiterschaft kämpft** nie gegen Personen, sondern immer gegen falsche Einrichtungen. Wir glauben eine Grundlage geschaffen zu haben, die alle Beschwerden beseitigen kann. Die Massenbespeisung wird nun geregelt und die Verteilung aller Lebensmittel unter Aufsicht der Arbeitervertreter gestellt.

In der Aussprache wurde gefordert, daß die Vertreter der Behörde Veranlassung nehmen mögen, solchen Dingen ihre Beachtung zu schenken.

Nach einem die jetzige schwere Zeit würdigenden Schlußwort des Vorsitzenden, die in der Ermahnung nach engstem Zusammenschluß der Arbeiterschaft ausklang, erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung.

Abgabe von Lebensmitteln

Mg. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Butter- und Lebensmittelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Eine Warnung an die Selbstversorger

richtet in seinem Kreisblatt der Landrat des Kreises Danziger Niederung. Sie lautet:

„Wer den Schleichhändlern und dem Hamsterer Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst. Wird unserem Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleichhändler und Hamsterer genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Volk und für die Front abliefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Ration der Selbstversorger herabsetzen. Jeder Landwirt und jede Landfrau weiß, was das für ihre Wirtschaft bedeutet. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Reichsgetreidestelle und die Reichskartoffelstelle ihre Ansprüche an die Kommunalverbände aus Rücksicht auf solche Verluste durch Schleichhandel aus Schleichversorgung in keinem Fall mindern wird. Wer also an Schleichhändler und Hamsterer zum Schaden der Allgemeinheit von den beschlagnahmten, aber noch in seinem Gewahrsam befindlichen Vorräten abgibt, muß dies später nochmals hergeben und mit seinen Angehörigen entbehren. Er stellt aber auch andere Landwirte, die sich dieses Vergehens nicht schuldig gemacht haben, mit unter diesen Zwang, wenn auch gegen die als schuldig festgestellten Selbstversorger in erster Reihe mit der Herabsetzung der Kopfmengen vorgegangen werden wird.“

Diese Warnung ist sicherlich sehr gut gemeint. Ihre Wirkung wird aber nicht die gewollte sein. Der Schleichhandel wird nach wie vor blühen und gedeihen, weil sich niemand nach dieser Warnung richten wird. Mit gutem Zureden ist dem Schleichhandel mit Erfolg nicht beizukommen. Dazu bedarf es anderer Mittel, die wir schon wiederholt an dieser Stelle, leider bis jetzt vergebens, empfohlen haben. Alle anderen Maßnahmen sind Halbheiten, die nichts nützen.

Zwiebeln und Obst auf die Lebensmittelkarte

Der Magistrat ist vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen gebeten worden, Zwiebeln und Obst nur auf die Lebensmittelkarte abzugeben. Der Magistrat hat der Abgabe von Zwiebeln auf Lebensmittelkarten zugestimmt. Den Verkauf von Obst auf Karten aber abgelehnt, da Obst nur in ganz geringen Mengen zur Verfügung steht. Was an Obst mit Ausnahme des Edelobstes vorhanden ist, ist von der Reichsstelle für Gemüse und Obst der Marmeladenherstellung vorbehalten. Es würde ein Aufruf auf die Lebensmittelkarten lediglich die nicht zu erfüllende Hoffnung auf Obst erwecken.

Wer gehört zu den Minderbemittelten?

Die Beantwortung dieser Frage hat auch unsern Behörden schon mancherlei Kopfzerbrechen gemacht. In Hamburg ist jetzt anläßlich der Kleidersammlung folgende Entscheidung getroffen worden: Als minderbemittelt gelten dort: Eine Person, wenn sie nicht mehr wie 3750 Mark jährlich Einkommen hat; zwei Personen bis 5250 Mark zusammen; drei Personen bis 6000 Mark zusammen; jede weitere Person 750 Mark, so daß also ein Mann mit fünf Kindern bei 9000 Mark Einkommen noch als Minderbemittelter bezugsberechtigt für Reichskleidungsware gilt.

Aus Westpreußen

Parteiversammlungen

fanden in den letzten Tagen statt in Elbing, Steegen, Stutthof, Pasewerk und Ostra. Alle Versammlungen waren gut besucht. Genosse Gehl besprach die gegenwärtige politische Lage. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen deckten sich mit dem in der Danziger Versammlung gehaltenen Vortrag, aus dem wir den wesentlichsten Teil in der letzten Nummer abdruckten. Soweit eine Debatte stattfand, bewegte sie sich in zustimmendem Sinne. Alle Redner sprachen sich für weitere Demokratisierung unseres Staatswesens und schleunige Herbeiführung eines für Deutschland ehrenvollen Friedens aus. Von der Polonisierung Danzigs wollte kein Teilnehmer etwas wissen.

*

Eine weitere Versammlung findet am Montag, den 21. Oktober in

Graudenz

im „Goldenen Anker“ statt. Gäste haben Zutritt.

sich früh genug bekommen, da bekanntlich der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vor der Türe stehen. Dann wird die ganze Munitionsindustrie ihre Arbeit einstellen, und was dann mit ihren Arbeitern wird, ist ein noch ungelöstes Rätsel. Nur die gewerkschaftliche Organisation wird, indem sie einen ganz gehörigen Druck auf die Staatsgewalt ausübt, verhindern können, daß die Arbeiter der schlimmsten Not anheimfallen. Man wird sich bemühen, andere Arbeit zu schaffen und den Arbeitslosen Unterstützungen zahlen. Wer sich außerdem für die kommende schwere Zeit einen Notgroschen zurücklegen kann, wird gut daran tun!

Naive Seelen pflegen zu glauben, wenn ein anonymes Flugblatt in die Massen geworfen wird, müsse auch irgendeine geheimnisvolle „Organisation" dahinterstecken. Kenner der Verhältnisse wissen, daß eine „Organisation", die Flugblätter vom Schlage des hier besprochenen in die Welt setzt, nicht existiert. Jeder Irrsinnige, der über etwas Geld verfügt, kann sich einen solchen Spaß leisten. Vernünftige Leute wissen von vornherein, was sie von derartigen Erzeugnissen zu halten haben und klären ihre minder klarblickenden Arbeitsgenossen entsprechend auf." —

August Bebel gegen die „unabhängige" Demagogie

Den Wahlkampf in Berlin I führt der „unabhängige" Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann in derselben „sozialistischen" Art, die von seinen Versammlungssprengungen in Elbing und Danzig noch zu gut bekannt ist. Unser Kandidat, Genosse Heimann, hat früher auf sein Landtagsmandat verzichtet, und es Herrn Hoffmann überlassen, damit dieser durch die Diäten, die jetzt 5000 Mark jährlich betragen, wirtschaftlich gestützt wird. Zum Dank dafür reißt Herr Hoffmann unsern Genossen persönlich herunter, als ob er sich aufdringlich um das Reichstagsmandat Paul Singers, dessen vertrauter Freund er war, gerissen habe. Darauf veröffentlicht der „Vorwärts" folgenden Brief, den August Bebel wegen jener Kandidatur an Heimann am 23. Februar 1911 geschrieben hat:

„Darf ich Ihnen einen Rat geben, so senden Sie eine Erklärung, ganz ähnlich der beiliegenden, an die Leitung des vierten Wahlkreises ein. Ich betrachte eine solche Erklärung als das Ei des Columbus. Sie umgehen damit die ganze persönliche Seite der Sache und machen es Ihrem Gegner unmöglich, Sie persönlich anzugreifen. Sie sind mit einem Wort aus dem Schmutz heraus.

Ich kann heute noch nicht in den Reichstag gehen, bin also bis zum Abend zu Hause.

Mit freundl. Grüßen an Sie und Ihre verehrte Frau Ihr A. Bebel."

Wer in dem Briefe — sagt der „Vorwärts" — mit dem „Schmutz" gemeint ist, das wird Adolf Hoffmann am besten wissen. Sollte er sich hier schwer von Begriffen zeigen, so wollen wir daran erinnern, daß Bebel sich unter Freunden noch drastischer ausgedrückt hat. Als Hoffmann seinen Streit gegen Heimann vom Zaune brach, sagte Bebel im Freundeskreis folgendes: Er habe Besorgnis um Heimann, denn „ein anständiger Mensch ist gegen einen unanständigen immer im Nachteil. Dem rollenden Demagogenpathos eines Hoffmann ist Heimann nicht gewachsen."

Und Leute, die ein August Bebel so gekennzeichnet hat, besitzen noch den Mut, sich die einzig berufenen Hüter des Lebenswerkes dieses edlen Menschen und stets ritterlichen Kämpfers zu nennen.

Eine nette Propaganda

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Welt am Montag": Zurzeit wird ein illustriertes Flugblatt verbreitet, das bei Thormann und Goetsch gedruckt ist. Entgegen den sehr strengen Bestimmungen der Behörde ist weder ein Verleger noch sonst eine Persönlichkeit angegeben, die man für das Machwerk verantwortlich machen könnte. Das Flugblatt, das die Ueberschrift „Deutsche Treue" trägt, enthält vier zum äußersten Haß gegen England aufpeitschende Illustrationen. Eine von ihnen stellt z. B. einen dicken Neger dar, der einen an den Pfahl gebundenen nackten Deutschen mit einer bleibeschwerten Peitsche totprügelt. Unterschrift: „Wie sich Lloyd George und Carson die Befreiung der deutschen Kolonien vom deutschen Joch denken." Von dieser wie von den anderen Zeichnungen wird behauptet, daß sie „englischen Zeitschriften entnommen" sind. Natürlich wird nicht angegeben, welchen Zeitschriften. Mit gutem Grunde! Es handelt sich um eine gemeine Fälschung, vorgenommen zum Zwecke der Völkerverhetzung; denn tatsächlich stammen die Bilder von einem Karikaturisten des Berliner „Kladderadatsch". Wir können unmöglich mit gutem Gewissen gegen feindliche Grenellegenden protestieren, wenn wir bei uns so schamlose Sudeleien von der Oeffentlichkeit ungerügt passieren lassen. Ein Abdruck des Machwerks ist in einer Friedrichshagener Druckerei hergestellt und sogar in Schulen verteilt worden. — Ob wohl die anonymen Verfasser und Mitarbeiter des Flugblattes den Mut haben werden, sich zu ihrem Kinde zu bekennen? Vor allem übrigens — wer mag das Geld für diese Propaganda zur Verfügung stellen?

Kurt Eisner aus der Haft entlassen

Kurt Eisner, der während des Januarstreiks in Haft genommen wurde und der nach Leipzig übergeführt werden sollte, ist jetzt aus der Haft entlassen worden.

Zur Lage der Arbeiter-Rentner

Reichstagsabgeordneter Genosse Meier-Zwickau richtet an den Reichskanzler folgende Anfrage:

Angesichts der fortgesetzten Preissteigerungen der notwendigsten Lebensmittel und aller sonstigen unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände befinden sich die Alters-, Invaliden- und Unfallrentner in einer sehr schlimmen Lage, die auch durch die ab 1. Februar d. J. bewilligte Zulage nicht wesentlich gebessert worden ist. Dadurch wird es diesen Rentenbeziehern unmöglich gemacht, auch nur die gewiß nicht allzu reichlich rationierten Lebensmittel zu kaufen. An Beschaffung auch nur der notwendigsten Kleidung, Schuhwerk usw. kann nicht gedacht werden.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um alsbald eine wirtschaftliche Besserstellung dieser armen Rentenbezieher herbeizuführen?

Oesterreich-Ungarn

Deutsches Bekenntnis der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten

Die Wiener „Arbeiterzeitung" schließt einen Aufsatz über das alte und das neue Deutschland mit diesem Bekenntnis:

Wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich haben die verhängnisvolle Politik des deutschen Imperialismus leidenschaftlich bekämpft. Wir haben nicht aus Gleichgültigkeit für das Schicksal des deutschen Volkes, sondern aus ernster Sorge um unser Volk jene Politik herrschaftslüsternen Uebermuts bekämpft, der jetzt, wie wir es vorausgesagt haben, das deutsche Volk ins Unheil geführt hat. Aber so leidenschaftlich wir den deutschen Imperialismus bekämpft haben in den Tagen seines Sieges, so tief fühlen wir heute mit unserem deutschen Volke in den Tagen seines Unglücks. Deutlicher denn je fühlen wir es heute, daß, wie Kürnberger einmal sagte, „kolorierte Landkarten deutsch von deutsch nicht trennen können." Aber so sehr wir heute die ganze Größe des Unheils fühlen, das unser deutsches Volk jetzt betroffen hat, so wenig sind wir darum kleinmütig. Denn gerade die Demütigung des Augenblicks kann zur Quelle der stolzesten Erhebung in der Zukunft werden! Denn das deutsche Volk erkennt heute die große Lehre der furchtbaren Erfahrung. Es schüttelt heute die Herrschaft jener Unseligen ab, die es ins Unheil gelockt haben. Es befreit sich heute von den trügerischen Idealen imperialistischen Herrschaftsstrebens. Es beginnt, sein Schicksal in eigene Hand zu nehmen. So wird es ein anderes Deutschland bauen, ein Deutschland, das vielleicht weniger Quadratkilometer zählen wird als das alte, das keine Polen und keine Franzosen mehr beherrschen wird, das aber frei sein wird von Junkern und Schlotbaronen, frei vom Militarismus und Kapitalismus — jenes Deutschland, das, in einer Stunde viel tieferer Erniedrigung, der große Fichte geträumt hat: das Deutschland der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt! Das alte Deutschland, das heute besiegt ist, haben wir bekämpft; nach dem neuen Deutschland, das heute wird, zieht uns die Sehnsucht. Denn auch wir sind Deutsche. —

Oesterreichs Sozialisten über die Demokratisierung

Ueber den Eintritt deutscher Sozialdemokraten in die Regierung urteilt die Wiener „Arbeiterzeitung":

„Die Parlamentarisierung der deutschen Regierung war nur unter der tätigen Mitwirkung der Sozialdemokratie möglich: nur mit ihrer Hilfe konnte eine Mehrheit gebildet werden, die Junker und Alldeutsche von der Macht ausschließt. Deshalb hat sich die Sozialdemokratie entschlossen, an der Bildung der neuen Regierung teilzunehmen. Sie hat damit der Nation, der Demokratie und dem Frieden ein sehr schweres Opfer gebracht. Denn verlockend war und ist die Teilnahme an dieser Regierung wahrlich nicht. Es ist für eine sozialdemokratische Partei immer ein gefährliches Unternehmen, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen und dadurch für die Politik eines bürgerlichen Staates mitverantwortlich zu werden. In diesem Falle aber sind die Gefahren offensichtlich besonders groß. Denn die Sozialdemokratie mußte die Regierung bilden gemeinsam mit Parteien, die, wie das Zentrum und die Nationalliberalen, nicht nur bürgerliche, sondern auch nichts weniger als demokratische Parteien sind. Sie mußte die Verantwortung für die Regierung übernehmen in einem Lande, in dem die Macht der Reichsregierung durch die Macht der Heeresleitung auf der einen, der Regierungen der Bundesstaaten auf der anderen Seite wesentlich begrenzt ist. Sie mußte mit der Macht auch die Verantwortung übernehmen in einem Zeitpunkt, in dem diese Verantwortung besonders schwer zu tragen ist: in einem Zeitpunkt ernster äußerer Lage, sehr harten Ringens an der Front, schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse im Hinterland. Aber die bittere Notwendigkeit, der Reichstagsmehrheit die Führung der auswärtigen Politik des Reiches zu sichern, die alldeutsche Nebenregierung zu entwaffnen, dem Frieden den Weg zu bahnen, ist zwingender denn alle parteimäßigen Bedenken." —

Plantox-Rezept für geschmorte Gurken

für 8 Personen.

Zutaten: 1 Gurke, 1 Teelöffel „Plantox", 2 Eßlöffel Essig, 1 Teelöffel Zucker, 2 Teelöffel Kartoffelmehl, 1/2 Liter Wasser.

1 Gurke im Gewicht von 1 Pfund wird geschält, in zwei fingerbreite, dicke Stücke geschnitten. Mit einer Messerspitze Natron angesetzt und 15 Minuten gekocht. Nach dieser Zeit gibt man „Plantox", Zucker, Essig dazu, rührt das Mehl mit etwas kaltem Wasser aus, gießt das ebenfalls an die Flüssigkeit. Zugedeckt läßt man das Gemüse noch 5 Minuten kochen. Es darf nicht gerührt, sondern muß geschüttelt werden. Ist zu viel Flüssigkeit vorhanden, so kann man den Deckel beiseite legen und die Gurken 5 Minuten ohne Deckel schmoren lassen.

„Plantox" ist in fast allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Packungen von 30 Gramm, 1/8, 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

9

Rußland

Das sterbende Petersburg

Unter dieser bitteren Ueberschrift schildert Hans Borst im „Berliner Tageblatt" vom Ende September auf Grund eigener Beobachtung die Zustände, die jetzt in der einst glänzenden Zarenstadt herrschen. Niemand, der zu den bürgerlichen Kreisen gehöre, sei vor der Beschlagnahme des Eigentums und sogar nicht seines Lebens sicher. So kommt Borst, der ein den Bolschewiki keineswegs ungünstig gesinnter demokratisch denkender Liberaler ist, zu folgendem Schluß:

„Während aber in den Hauptstädten noch nach einem gewissen System und mit einiger Auswahl verfahren werden soll, geht man offenbar in der Provinz bereits ganz summarisch zu Werke. Die eine Nummer der amtlichen „Iswestija" vom 15. September enthält folgende Nachrichten: In Nikolajewsk hat das Exekutivkomitee beschlossen, den Kapitalisten das ganze überflüssige Eigentum zu konfiszieren und es dem allgemeinen Volksbesitz zu übergeben; der Sowjet in Ostaschkow hat „in Verbindung mit dem roten Terror" der Bourgeoisie des Ortes eine Kontribution von 469 000 Rubeln auferlegt; in Woronesch wird auf Verfügung des Sowjets die Bourgeoisie aus dem Zentrum der Stadt in die Peripherie ausgesiedelt, die Arbeiter siedeln in die zentralen Straßen über. In Bologoje wird die Bourgeoisie aus der Stadt in die Vororte ausgesiedelt, ihre Wohnräume in der Stadt werden von Arbeitern eingenommen.

So hat die soziale Revolution in Rußland begonnen, eben das zu verwirklichen, was der Sozialismus stets als eine Verleumdung seiner Feinde bezeichnet hat: statt die soziale Produktion zu organisieren, wird den Besitzenden ihr Besitz genommen und unter die Massen der Armen verteilt. Wie lange wird das vorhalten und wozu wird es führen? Die Arbeiter werden bald erkennen, daß sie auch in den Wohnungen der Reichen hungern und frieren müssen, solange der wirtschaftliche Verfall seinen Fortgang nimmt.

Inzwischen schreitet nach wie vor der rote Terror durch das Land und noch die heutige Nummer der „Nördlichen Kommune", des in Petersburg erscheinenden amtlichen Blattes, teilt wieder mit, daß in Perm „als Antwort auf die Attentate gegen Urizki und Lenin 50 Geisein aus der Zahl der Bourgeoisie und der Weißgardisten erschossen worden sind.

Wenn man das gegenwärtige Elend Rußlands sieht und den wachsenden Jammer, der ihm noch bevorsteht, wenn man den deutlichen Beweis vor Augen hat, daß die Todesnot und Verelendung der Bourgeoisie dem Proletariat nicht den geringsten Vorteil bringt, wenn man erkennt, wie die revolutionären Wirren die wirtschaftliche Zerrüttung des Krieges nur immer weiter steigern, wie die Revolution zur Ohnmacht und Verarmung des Staates und zu unaufhörlichem Bürgerkriege führt — so möchte man den Proletariern Europas warnend zurufen, sich nicht zu der verhängnisvollen Illusion verführen zu lassen, als könnten sie durch eine Revolution dem Kriege entgehen und ihr Los verbessern. Und die Regierungen Europas möchte man noch einmal mahnen, dem Krieg im Wege des Vergleichs ein Ziel zu setzen, ehe es zu spät ist, und die Entwickelung der Menschheit durch eine große Aera der Reformen noch vor dem Niedergang zu retten.

Aus der Partei

Hermann Brecour gestorben

In Kiel starb nach kurzem Krankenlager an der Grippe der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse Hermann Brecour. Im Jahre 1906 war Brecour als Setzer in die Druckerei des Blattes eingetreten, seit 1909 stellte er seine tüchtigen journalistischen Fähigkeiten in den Dienst der Redaktion. Brecour hat nur ein Alter von 37 Jahren erreicht. Mit den Parteigenossen von Kiel trauern um ihn eine Witwe und ein Kind.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Hunde an die Front!

Bei den gewaltigen Kämpfen im Westen haben die Hunde durch stärkstes Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtigen Stellungen gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist das Leben erhalten, weil Hunde ihnen den Meldegang abnahmen. Militärisch wichtige Meldungen sind durch Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde überall bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer kriegsbrauchbarer Hunde, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier dem Vaterlande zu leihen!

Es eignet sich Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier, Rottweiler, Jagdhunde, Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner, Doggen und Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindest 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachdresseuren in Hundeschulen abgerichtet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Abholung erfolgt durch Ordonnanzen.

Also Besitzer: Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für Kriegshund- und Meldehundschulen an Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm Nr. 152, Abteilung Kriegshunde, richten.

---

ein paar Mal begonnen und war an ihrer Undurchdringlichkeit gescheitert. Ob er es denn gar nicht einsehen mochte, daß sie für ihn — trotz seines Reichtums — nicht zu haben war?

Jetzt blickte sie doch auf, und als sie seine heißen, werbenden Augen auf sich gerichtet sah mit einem Ausdruck, der sie aufs höchste anmiderte, verlor sie die Geduld. Mochte er sie auf die Straße setzen! Der kleine Verdienst wieder dahin sein! Aber einmal mußte sie Klarheit schaffen. Sie vertrug als ehrlicher, anständiger Mensch diesen Belagerungszustand, diese ständige Abwehrbereitschaft nicht mehr. So stieß sie unwillig den kleinen Tisch zurück und fuhr ihn mit zornsprühenden Augen an:

„Was soll das eigentlich, Herr Professor? Wollen Sie mich beleidigen?"

Der aber ließ sich nicht aus der Fassung bringen; viel zu sehr waren gewöhnt, alle Register aufzuziehen, wenn er eine Spröde gewinnen wollte, entgegnete er sanft:

„Frau Lotte —"

„Ich verbitte mir diese Anrede!"

Auch das noch! Es kostete ihn Ueberwindung, nicht aus der Rolle zu fallen. Was nahm sie sich heraus? Immerhin — sie war doch nur seine Sekretärin, die er aus purem Mitleid so gut bezahlte, denn sie verstand rein nichts, hatte mühsam ein bißchen Schreibmaschine gelernt. Eine gute Allgemeinbildung freilich konnte man ihr nicht abstreiten. Als kluge Frau mußte sie sich aber sagen, daß er sein Geld nicht zum Fenster hinauswerfen wollte!

„Wenn ich Sie mit dem Vornamen nenne, so geschieht es doch nur, weil Sie meinem Herzen sehr nahe stehen, Frau Lotte! Liebe Frau Lotte!" Er war ganz dicht an sie herangetreten und berührte leicht ihre duftigen, kastanienbraunen Haare. „Warum sind Sie immer so hart zu mir? Ich habe doch nichts Böses im Sinn."

Seine Sanftmut entwaffnete sie. Aber ihre Ehrlichkeit drängte zur Klärung.

„Weil ich dies Gefühl nie und nimmer erwidern könnte, Herr Professor!"

„Wennschon!" entfuhr es ihm. „Wenn Sie nur huldigen möchten, daß ich Sie ein bißchen lieb habe, für Sie sorge. Es würde mich so glücklich machen."

Ganz demütig stand er jetzt vor ihr, die erschöpft in einen Sessel gesunken war.

„Was könnte Ihnen das nützen, Herr Professor? Warum wollen Sie Ihre Liebe an einen Holzklotz, einen Eisblock verschwenden? So schenken Sie sie doch wenigstens einer, die Gefühle zu heucheln versteht! Mir wäre auch das unmöglich."

Ein rechtes Kind ist sie! dachte er bei sich und fühlte sich immer mehr angezogen von ihrer eigenartigen Persönlichkeit. Jedenfalls, mit uns Männern weiß sie recht wenig Bescheid. Was fragen wir nach Gefühlen — — —

„Also, wie ist es mit der Spazierfahrt, Frau Lotte? Nur um ihnen zu zeigen, daß ich es wirklich gut mit Ihnen meine!"

Seine Beharrlichkeit hatte noch immer zum Ziele geführt, er wußte es.

Frau Lotte starrte hinaus in die farbensatte Herbstpracht. Die durch Nebeldunst verschleierte Sonne gab Baum und Strauch einen besonderen Reiz. Wie lange war sie nicht im Wagen gefahren? Den Alltag hinter sich lassend? Und hatte es immer so gern gehabt, war so dankbar gewesen, wenn Lothar sie zu einer Spazierfahrt überredete. Eine der wenigen kargen Freuden, die der rastlos Arbeitende sich gönnte. Dann mußte sie sich recht schön machen, und wenn sie draußen waren, jubelten sie wie die Kinder, riefen ihr Glück, ihre Seligkeit in den schweigenden Wald hinein.

Wie es draußen jetzt wohl aussehen mochte? Sie war in all diesen Kriegsjahren nicht wieder hingekommen. Seit Lothars Tod reizte auch die Natur sie nicht mehr. Aber heute — heute fühlte sie Sehnsucht, Sehnsucht, sein Bild dort zu suchen, liebe Erinnerungen zu wecken. Der andre? Verächtlich stellte sie sich den alternden kleinen Mann mit den häßlichen, begehrlichen Augen vor. Er sollte sie nicht stören. Und wenn sie gehabt hätte, was sie wollte, würde sie schon die Kraft finden, ihn, wie so oft, zu enttäuschen.

Ein frohes Lächeln huschte bei diesem Gedanken um ihre schmalen Lippen. Sie tat doch nichts Böses, wenn sie ihn an all den Frauen und Mädchen rächte, die er an der Nase herumgeführt hatte!

„Also, wir fahren, Herr Professor!"

Mit Erstaunen hatte er den Wandel von tiefster Traurigkeit zu Zorn, Empörung und dann schließlich zu froher Laune in ihrem hübschen Gesicht beobachtet, und als sie jetzt vor den Spiegel trat, um ihr schwarzes Hütchen so recht kokett auf das lockige Haar zu drücken, geriet seine Ueberzeugung bedenklich ins Wanken. Konnte ein Mensch, der sich wochenlang stark und unerbittlich gezeigt hatte, so schnell umfallen? Wodurch? War das nun wieder „das Weib", wie er es so oft belagert und — genommen hatte? Das Weib, das eben für Geld alles verschenkte?

Wir werden ja sehen! dachte er bei sich, während er der zierlichen, mädchenhaft schlanken Gestalt die Tür öffnete.

„Er wird ja sehen!" dachte sie bei sich und biß sich heimlich auf die Lippen, um nicht laut aufzulachen.

Eröffnungsanzeige!

Den geehrten Bewohnern von Danzig und Umgebung machen wir hiermit die ergebene Mitteilung, daß wir in

Breitgasse 121—122 Ecke Junkergasse I. Etage — **Danzig** — Breitgasse 121—122 Ecke Junkergasse I. Etage

ein Pelzgeschäft größter Art eröffneten.

Durch gemeinsamen Einkauf mehrerer besonders größerer Geschäfte sind wir in der angenehmen Lage, unserer verehrten Kundschaft eine Riesenauswahl

Pelze

in allen Fellarten und jeder Preislage zu bieten. Der Verkauf findet unter fachmännischer Leitung statt und bietet daher einem jeden die sicherste Gewähr, das Richtige zu erstehen.

Zur Besichtigung ohne Kaufzwang ladet ergebenst ein

Berliner Pelzvertrieb

Breitgasse 121—122 378

Zweigstellen: Berlin :: Stettin :: Hannover :: Dortmund :: Oberhausen :: Solingen.

Trauer-

Hüte in reicher Auswahl — Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Friedens-Aufbau Gesund werden, satt essen im Eigenheim. Jeder Familie ein Eigenheim durch Verein „Heimkultur", Wiesbaden 409. Satzungen u. Drucksach. geg. Rückporto, Heimstättenbuch v. Dir. Abigt für M. 2.40

Illustrierter Neue-Welt-Kalender 1919

ist erschienen und für 60 Pfennig zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht / Danzig / Paradiesgasse 32

Spielplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 21. Oktober, abends 7 Uhr: „Der Bettelstudent".
Dienstag, 22. Oktober, abends 7 Uhr: Zum 1. Male: „Paul Lange und Tora Parsberg". Schausp. v. B. Björnson.
Mittwoch, 23. Oktober, abends 7 Uhr: „Der Wildschütz".
Donnerstag, 24. Oktober, abends 7 Uhr: „Eine glückliche Ehe". Hierauf: Tanzbilder.
Freitag, 25. Oktober, abends 7 Uhr: „Fra Diavolo". Komische Oper von Auber.
Sonnabend, 26. Oktober, abends 6 Uhr: „Don Carlos". Trauerspiel von Fr. v. Schiller.
Sonntag, 27. Oktober, nachm. 3½ Uhr: „Rose Bernd". Zu ermäßigten Preisen.
Sonntag, 27. Oktober, abends 7 Uhr: „Fra Diavolo".

Arbeiter-Bildungsausschuss für Danzig und Westpr.

4. Damm 7, II

Sonnabend den 19. Oktober 1918

im Lokale „Zur Ostbahn" (Grosser Saal)

Erster musikalisch-deklamatorischer Kunstabend

Mitwirkende, erste Kräfte des Danziger Stadttheaters

Frl. Halina von Czarlinska, Opernsängerin (Altistin)
Herr Driesen, Kapellmeister
Frl. Thekla Ostertag, Opernsängerin (jugdl. dramatisch)
Herr Wernicke, Musikdirektor
Herr Perino, Schauspieler 384
Herr Hofmüller, Opernsänger (lyr. Tenor)
Herr Rektor Neuber, Dirschau.

Einlasskarten à 1.00 Mk. sind in allen Gewerkschaftsbüros, bei den Vertrauensleuten, Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, im Zigarrengeschäft von Sellin, Schüsseldamm 56, und Robert Gottke, Lange Brücke, zu haben. **Abendkasse 1.25 Mk.**

Zugverbindung ab Danzig Hauptbahnhof 7,50 Uhr abends.

Lerne durch Fachlehrbücher!

Werke erster Fachleute; mit vielen Abbildungen. Preise in Mark und Pf. stehen hinter jedem Werk. **Der Metallarbeiter** 8.70. Werkstättenbetriebsleitung 7.85. Der Schlosser 17.35. Das Schlosserhandwerk 33.50. Der Kunstschlosser 12. Der Bauschlosser 6.90. Der Gasschlosser 7. Der Fahrradreparateur 6. Mod. Schlosser- u. Schmiedearbeiten 12. Mod. Kunstschmiedereien 12. Der Schmiedemeister 8.70. Der Hufbeschlag 8.70. Berechnen d. Gewinde 6. Die Formerei 10. Eisen u. Stahl 4.35. Die Metallgießerei 18. Die Metalldreherei 12.70. Dreharbeit u. Werkzeugstähle 17. Die Werkzeuge und Arbeitsverfahren d. [illegible] 28.60. Herstellung von Werkzeugen 18.15. Die Fräserei 19.20. Metallschleifen, -polieren, -färben 7.35. Der Galvanotechniker 8.70. Chemie u. Elektrochemie 5.85. Der praktische Kupferschmied 6. Die Pumpen u. Feuerspritzen 4. Die Konstruktion der Wage 14. Der mod. Installateur. mit Modellband 28.20. Der Wasserleitungsinstallateur 10. Die Warmwasseranlagen 8.70. Die Heizungsanlagen 5.35. Der prakt. Klempner 6.90. Die Blechabwicklungen 4.40. Die Anfertig. der Dachrinnen 8.70. Der Bauklempner u. Dachdecker 8.70. Legier- u. Lötkunst 10. Der Maschinenbauer 22.70. Prakt. Ratgeber f. Maschinenbauer 10.85. Maschinenzeichnen 14.30. Die Maschinenelemente 8. Die Wasserräder u. Turbinen 18.35. Die Windkraftmaschinen 10.35. Die Mechanik 5.70. Mod. Gewehrfabrikation 5. Der Weltkunst 10. Der mod. Heizungsmonteur. mit Modellband 18.75. Der mod. Heizer u. Kesselwärter. mit Modellband 17.20. Elektrizitätspraxis 40.75. Die Elektrizität in Haus u. Gewerbe 8.70. Leitfaden der Elektrotechnik 8.80. Elektr. Licht- u. Kraftanlagen 4. Schwachstrom-Schaltungsschemas 4. Die Funkentelegraphie 4. Die Flugzeugtechnik 4. Das Buch der Erfindungen 16.50. Das Maurerhandwerk 27.50. Der Maurer 8.70. Der Maurermeister 8.70. Die Baukonstruktion d. Maurers 7.25. Der Steinberechner 4. Der Bauführer 6. Das Zimmererhandwerk 27.50. Der Zimmermeister 8.70. Der Zimmermann 8.70. Die Holzkonstruktionen d. Zimmermanns 31.40. Dachausmittelungen 8. Dachschiftungen 8. Der Holzbau 8.70. Das Haus des Bürgers 12. Zimmermannssprüche 4.35. Die Bau- u. Nutzhölzer 10. Der Holzberechner 5. Der Schnittholzberechner 2.70. Der Bauratgeber 12. Die Baustatik 12. Formeln und Tabellen f. Bauhandwerker 3. Baustofflehre 8.70. Bauformenlehre 4. Baukonstruktionslehre 16. Festigkeitslehre und Statik 9.85. Bau hölz. Treppen 10.70. Bau stein. Treppen 10. Bau eis. Treppen 10. Der Kunststein 10. Kalk, Zement u. Gips 6. Der Stukkateur u. Gipser 11. Der Bildformer u. Gipsgießer 5.85. Terrazzo u. Terrazzomosaik 7.55. Das Parkett 18.55. Die Ziegelfabrikation 17.35. Der Bautischler 8. Der praktische Tischler 33.85. Mod. Bautischlerei 18. Mod. Bautischlerarbeiten 10. Der Schreiner 18. Der Landtischler 10. Die Tischlerschule 14. Die Tischlerwerkstatt 7.35. Der Modelltischler 8. Der Möbeltischler 13.35. Einfache Möbel in mod. Stil 10. Mod. Möbel 10. Möbel i. Jugendstil 10. Möbel i. Rokoko 8. Altdeutsche u. gotische Zimmermöbel 10. Geschnitzte Möbel 12. Mod. Klein- u. Ziermöbel 10. Mod. Haustüren 10. Mod. Türen u. Tore 12. Holzschleifen, beizen, -polieren 8.70. Der Drechsler 15. Mod. Drechslerarbeiten 15. Mod. Holzbildhauerarbeiten 10. Die Laubsägerei 4. Die Fabrikation der Rahmen u. Goldleisten 7.35. Der Stellmacher 14. Das Biegen des Holzes 4. Der Wagenfabrikant 15. Der Wagenbauer u. sein Plan 9.85. Der Kraftwagenbau. mit Modellband 33. Der Sattler 18.70. Der Automobil- u. Luftschiffsattler 7.85. Der mod. Tapezierer u. Dekorateur 12.70. Die Schule d. Tapezierers 14. Der Zimmerdekorateur 6.70. Der Dekorations- u. Stubenmaler 7. Der Staffiermaler 8. Farbenharmonie 8. Holz- u. Marmormalerei 21.35. 48 Blatt Monogramme 6.70. Mod. Buchschriften 6.70. Einfache Firmenschriften 10.75. Vorlagen für Firmenschreiber 12. Moderne Plakat- und Reklameschriften 9. Technik der Oelmalerei 2.70. Zierschriften 12. Porzellan- u. Glasmalerei 9. Lackierkunst 8.70. Der Steinmetz 8.70. Das Punktieren 2.70. Der Marmor 3.75. Mod. Grabdenksteine 6 u. 8 u. 13.85. Grabdenkmalinschriften 3.75. Grabsteininschriften 5 u. 6. Der Seifensieder 11. Moderne Seifenfabrikation 12. Die fetten Oele 10. Die flüchtigen Oele 18. Die Kitte und Klebstoffe 7.35. Destillierkunst 4. Die Spiritusfabrikation 13.35. Die Mund- od. Preßhefe 2. Der Spiritusberechner 1.40. Der praktische Bierbrauer 20. Die Obst- u. Beerenweine 6. Weinbereitung und Kellerwirtschaft 10.50. Essigfabrikation und Senfbereitung 4. Alkoholfreie Getränke 2. Der Böttcher 10. Der Faßberechner 1.40. Nat. und künstl. Mineralwässer 8. Fabrikation d. Parfümeriewaren 4. Tabak- u. Tabakfabrikate 18. Zigarettenfabrikation 8. Die Lustfeuerwerkerei 4. Anfertig. künstl. Blumen 5.85. Das Fleischergewerbe 21. Die Fleischwaren- u. Wurstfabrikation 8. Bienenzucht 6. Kaninchenzucht 3. Nutz- u. Sportgeflügelzucht 3.70. Taubenzucht 12. Der Küchengarten 6. Rosenzucht 7.35. Die Drainage 10. Die Bodenmeliorationen 30. Das Feldmessen 24. Mod. Färberei 36.70. Die Kleinfärberei 10. Vigogne- u. Streichgarnspinnerei 8.70. Die Spinnerei 4. Färben d. Spinnfasern 4. Die Schlichterei 12.75. Das Seilergewerbe 3. Mod. Lederfabrikation 8.70. Der Gerber 12. Herstellung des lohgaren Leders 3. Die Lederhandschuhfabrikation 20. Die Fußbekleidungskunst 14. Die Zuschneidekunst (Herren) 16.50. Die Zuschneidekunst (Damen) 16. Lehrbuch der Damenschneiderei 21.85. Mode-Putzfach 17.15. Die Kürschnerkunst 18.70. Das Färben der Rauchwaren 16. Die Hutmacherkunst 8. Die Buchdruckerkunst 12. Der Buchbinder 13. Der Steindrucker 10.70. Lehrbuch d. Optik 16. Der Pianofortebau 16.35. Die mod. Orgel 8.70. Das Harmonium 4.70. Der prakt. Konditor 26.65. Großes Back- u. Süßspeisenbuch 15. Zuckerwaren, Schokoladen und Lebkuchen 4. Bonbonkocherei 2.65. Die Bäckerei 11.35. Eis- u. kalte Süßspeisen 5.85. Warme Süßspeisen 4.40. Mehlspeisen 3.35. 610 Konditorrezepte 3.35. Großes Kochbuch 10.65. Kriegskochbuch 4. Die Konserven 3.35. Konservierung der Nahrungsmittel 3.35. Die Puddingküche 4. Die Frau als Hausärztin 33.50. Die tüchtige Hausfrau 49.50. Der Handwerker als Kaufmann 7.25. Der Lohnberechner 2. Rechenhelfer 3.35. Rechenstab 3.50. Bank- und Börsenwesen 10. Fachzeichnen 10. Projektionszeichentafeln und Modelle 15. Handelslehre 9. Zeichenschule 5.50. Klavierschule 5. Guter Ton und feine Sitten 5. Handbuch der Reklame 5.

10000 Rezepte und Verfahren zur Herst. chem. u. techn. Gebrauchsartikel u. Spezialität. jed. Art enthält das berühmte Werk „Chemisch-technische Vorschriften von Chemiker Dr. Lange". 1064 Seiten, 1916. Lexikonformat Leinenband 30. Konkurrenzloses, gemeinverständl. Auskunftsbuch, das d. Kosten zehntausendfach einzubringen vermag. Unerschöpfliche Fund- u. Goldgrube (zirka 3 kg) M. 42.25 Ins Feld Kasse u. 30 Pf. Porto f. jedes Werk voraus. Wir liefern auch jedes andere Buch. Direkt zu beziehen v. L. Schwarz & Co., Verlagsbuchh., Berlin S.O.14, Dresdener Str. 80.

Die anerkannt vorzüglichsten, besonders starken, leichtlaufenden

Gebirgs-Handwagen 324

liefert sofort gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages die

Weidaer Wagen- und Maschinenfabrik

(Abt. Handwagen) **Weida** in Thüringen.

Länge	85 cm	95 cm	105 cm	120 cm
Leiterwagen	75 Mk.	85 Mk.	95 Mk.	105 Mk.
Kastenwagen	80 Mk.	90 Mk.	100 Mk.	110 Mk.

Ortsausschuß für weibl. Jugendpflege.

Junge Mädchen finden Unterhaltung sowie Anregung zu nützlicher Beschäftigung:

Handschuhnähkurse, Schneiderkurse, Chorgesang, Bibliothek

im

Jugendheim für Mädchen

Geöffnet: wochentäglich außer Sonnabend von 5—8 Uhr. Brotbänkengasse Nr. 44, I. 383

Näheres im lokalen Teil.

Abgabe von Lebensmitteln

Es werden verabfolgt:

1. **Von Montag, den 21. bis Sonnabend, den 26. Oktober:** Auf die Marke 1 der neuen Speisekarte **62,5 Gramm Butter.**
2. **Von Dienstag, den 22. bis Sonnabend, den 26. Oktober:**
   a) Auf die Marke **8 K** der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder, sowie auf die Marke **33 K** der Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden **je 125 Gramm Morgentrank** zum Preise von 45 Pf. für ½ Pfund und 23 Pf. für ¼ Pfund.
   b) Auf die Marke **9 K** der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder in den Nachbargemeinden **je 125 Gramm Kindergerstenmehl.**
   c) Auf die Marken **13** und **10 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken **29** und **35 K** der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden **je 250 Gramm loses Suppenmehl** zum Preise von 1 Mark für das Pfund oder 250 Gramm Buchweizenmehl zum Preise von 80 Pf. für das Pfund je nach Vorrat in den Geschäften.
   d) Auf die Marken **11** und **11 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Vororten Langfuhr, Stadtgebiet, Ohra, [illegible] **je 250 Gramm Kaffee-Ersatz.**

   Die Belieferung der inneren Stadt und der ländlichen Nachbargemeinden mit Kaffee-Ersatz erfolgt, sobald die Zufuhren eingetroffen sind.
3. **Von Mittwoch, den 23. bis Sonnabend, den 26. Oktober:** Auf die Marken **12** und **12 K** der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder **je 2 Pfund Zwiebeln** zum Preise von 20 Pf. für das Pfund.

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Nährmitteln erfolgt ist, erhältlich.

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen, die für Zwiebeln vereinnahmten Marken der Nahrungsmittelstelle, Wiebenkaserne, Zimmer 15.

Danzig, den 16. Oktober 1918. 385

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 für die Stadt Danzig, die Stadtgemeinde Zoppot sowie die Gemeinden Oliva und Ohra folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Verordnung der Kommandantur vom 19. 3. 1918 tritt mit dem 16. Oktober 1918 bis auf weiteres außer Kraft.

§ 2.

Sämtliche offenen Verkaufsstellen dürfen ab 16. Oktober 1918 bis auf weiteres an den Wochentagen nur geöffnet sein täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

§ 3.

Diejenigen Geschäfte, die Lebensmittel verkaufen, dürfen täglich von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, die Bäckerläden schon vor 8 Uhr vormittags geöffnet sein. In Lebensmittelgeschäften dürfen von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends andere Waren als Lebensmittel, Petroleum und Streichhölzer nicht verkauft werden.

§ 4.

Die Bestimmungen über die Oeffnungszeiten gelten nicht für die Verkaufsstellen von Milch.

§ 5.

Sonnabends können sämtliche Geschäfte bis 8 Uhr abends geöffnet bleiben.

§ 6.

Jede Innen- und Außenbeleuchtung von Schaufenstern, Aushängekästen usw. ist verboten.

§ 7.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Danzig, den 12. Oktober 1918.

Der Kommandant der Festung Danzig.

von Pfuel,
Generalleutnant. 376

Uhren

Große Auswahl

in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren

Weckeruhren in allen Preislagen

S. Lewy Nflgr.

Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 94

Schmierwaschmittel

bester und hervorragender Schmierseifen-Ersatz, vom K.-A. genehmigt, liefert in 20-Pfd.-Eimern . . à Mk. 10.50
1-Zentner-Kübeln . à „ 45.—

Walter König, chem.-techn. Prod., Mühlhausen i. Thür. [z

Tücht. Tischler

werden eingestellt

Fabrik techn. Bedarfsartikel

Schiditz, Karthäuser Str. Nr. 17

Arbeiter

werden sofort

für Aufräumungsarbeiten

auf der **Kaiserl. Werft** eingestellt.

Meldungen

am Haupteingang der Kaiserl. Werft

morgens zwischen 6 u. 6½ Uhr beim Schachtmeister **Schwenko.**